

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



80 000 Menschen aus fast allen europäischen Ländern (hier: Belgien, Kroatien, Griechenland, Frankreich) demonstrierten am 19.3. in Brüssel für ein soziales, friedliches Europa. Indymedia Belgien

- **Schröders Regierungserklärung: Im Vorfeld der Wahlen im Bund – Seite 4**
- **Hartz IV: Umsetzungsprobleme und Forderungen – Seite 12**
- **Schleswig-Holstein: Nach Wahldebakel verfahrenere Lage bei Verhandlungen für eine Große Koalition – Seite 14**
- **ver.di: Landesbeschäftigte streiken für Tarifvertrag im öffentlichen Dienst – Seite 15**
- **Wann sieht etwas nach Kunst aus? – Seite 19**

Ausgabe Nr. 6 am 24. März 2005, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Niedriglohnfalle

IAB, 14.3. scc. Eine aktuelle Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) weist auf eine doppelt beunruhigende Entwicklung: Erstens nimmt – bei gleichzeitig wachsender Arbeits- und Langzeitarbeitslosigkeit – der Anteil der Geringverdiener in der BR Deutschland zu. 1996 lag er demnach noch bei 15,8% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, 2001 bereits bei 17,4%. Dabei wird die Niedriglohnschwelle auf zwei Drittel des bundesweiten Medianlohns, derzeit 1.630 Euro brutto, angesetzt (der Medianlohn bezeichnet die Marke, die 50% derjenigen, die mehr, von den 50%, die weniger verdienen, scheidet). Zweitens schaffen immer weniger der Geringverdiener den Sprung in höhere Lohn- und Gehaltsbereiche. Im Zeitraum 1986 bis 1991 gelang noch rund der Hälfte der Betroffenen, die Niedriglohnschwelle zu überschreiten, von 1996 bis 2001 dagegen nur noch ein Drittel. Im EU-Vergleich schneidet die BR Deutschland dabei immer schlechter ab. Seit Ende der 90er Jahre ist der Niedriglohnsektor hier leicht größer als im EU-Durchschnitt. Eine neuere EU-Studie kommt zu dem Befund, dass in keinem anderen EU-Land die Chance, aus dem Niedriglohnbereich zu entkommen, geringer ist als in der BRD.

Ölpreis und Dienstwagen

Berliner Zeitung, 17.3. rül. Die Zahlen hat vermutlich jeder schon einmal gehört oder gelesen: Etwa zwei Drittel aller Fahrzeuge im Bereich der sogenannten „Oberklasse“ und „oberen Mittelklasse“ – also Porsche, BMW 7er-Reihe, Audi A8, Mercedes S-Klasse etc. – werden hierzulande Jahr für Jahr als „Dienstfahrzeuge“ bzw. „Firmenfahrzeuge“ verkauft, vernutzt und steuerlich abgesetzt. Das ganze ist eine Steuersubvention für Fahrzeuge dieser Klasse und für die deutsche „Leitbranche“ Automobilindustrie insgesamt, die vermutlich weltweit einzigartig ist. Ähnliche Privilegien findet man in anderen Ländern nur in Branchen, die weitgehend von staatlichen Aufträgen abhängen, wie der Rüstungswirtschaft oder der Luft- und Raumfahrt. Im konkreten Fall der Firmen- und Dienstfahrzeuge in Deutschland führt diese Situation angesichts steigender Öl- und Benzinpreise zu der Konsequenz, dass Finanzminister Eichel wegen der steigenden Ölpreise möglicherweise irgendwann ein steigendes Aufkommen an Mineralölsteuern melden wird. Gleichzeitig aber werden die Unternehmen die gestiegenen Benzinkosten ihrer Firmenflotten sicher nutzen, um ihre Unter-

nehmenssteuern weiter zu reduzieren. Jetzt hat die FDP mit einer kleinen Anfrage im Bundestag noch ein anderes Detail bloßgelegt. Entgegen allen öffentlichen Bekundungen für Energiesparen ist die rot-grüne Bundesregierung bei ihren Dienstwagen keineswegs zimperlich. Von 1999 bis 2004 hat sie die Zahl der Fahrzeuge bei Ministerien und nachgeordneten Bundesbehörden zwar von 32.500 auf 25.300 Stück reduziert. Gleichzeitig aber stieg die durchschnittliche Motorenstärke – dem Trend der Zeit folgend – von 119 PS pro Fahrzeug in 1998 auf 168 PS im letzten Jahr. Auch der durchschnittliche Benzinverbrauch stieg: von 10,99 Liter je 100 km in 1998 auf 11,84 Liter in 2004. Ganze drei der vor Jahren hochgelobten „3-Liter-Autos“ finden sich heute im Fuhrpark der Bundesregierung.

BGH: Gericht muss prüfen, ob PKK „kriminelle Vereinigung“

Azadi, 10.3. alk. Weil die kurdischen Politiker Hasan A. und Ali K. im Zeitraum von Mai 2000 bis März 2002 als Gebietsverantwortliche der PKK tätig gewesen sind, waren sie im Oktober 2003 vom Oberlandesgericht (OLG) Celle wegen „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung“ (§129 StGB) zu je mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatten die Betroffenen Revision eingelegt. In einer Entscheidung des 3. Strafsenats des Bundesgerichtshofs (BGH) wurde das Celler Urteil zwar dahingehend bestätigt, dass die Führungsebene der PKK (die seit April 2002 nicht mehr existiert) weiterhin als „kriminelle Vereinigung“ einzustufen sei. Die Gründe hierfür seien die anhaltenden systematischen Schleusungen von Funktionären mit falschen Papieren sowie die Anwendung eines internen Strafsystems. Doch wurde von den Richtern des Staatsschutzsenats die Behauptung des OLG Celle missbilligt, die PKK habe sich trotz ihres Kurswechsels die Möglichkeit einer Rückkehr zu demonstrativen Gewalttaten in Deutschland vorbehalten, sollte sich die Lage für die Organisation verschlechtern oder die ihres früheren Vorsitzenden Abdullah Öcalan, der seit sechs Jahren als einziger Gefangener auf der Insel Imrali inhaftiert ist. Diese mögliche Anwendung von Gewalt erfülle laut OLG-Urteil den Tatbestand der kriminellen Vereinigung. Dieser Auslegung des §129 Abs. 1 StGB mochten die Richter des BGH jedoch nicht folgen. Ihrer Auffassung nach könne eine Vereinigung nur dann als „kriminell“ eingestuft werden, wenn sie „auf die Begehung von Gewalttaten gerichtet“ und „dies ihr verbindlich festgelegtes Ziel“ sei. Ein Zusammenschluss, der seine Ziele mit friedlichen

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

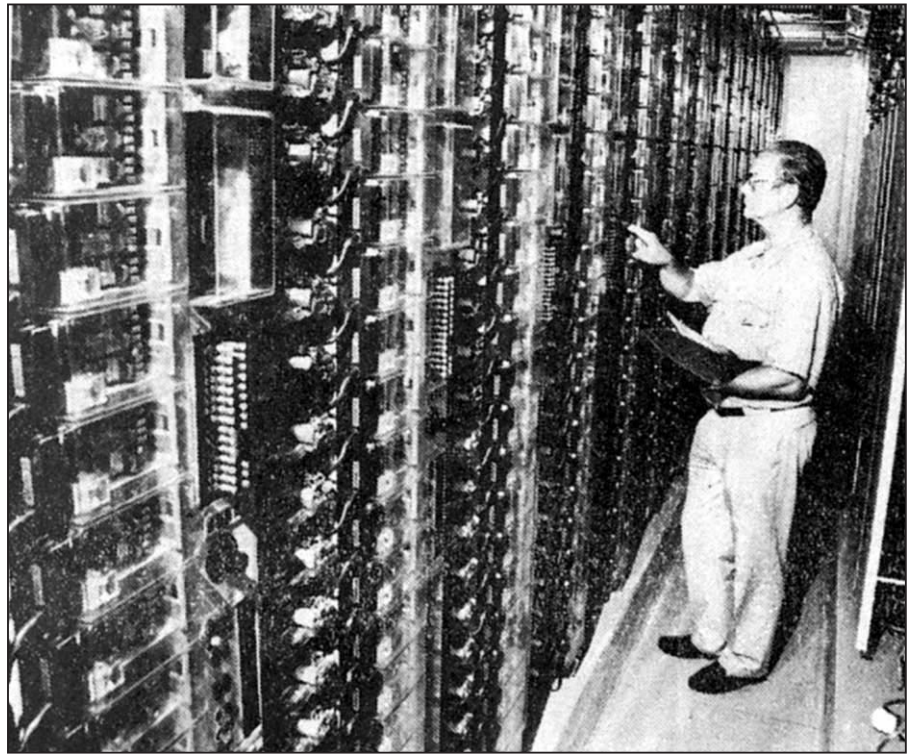
und politischen Mitteln verfolgt und „sich die Begehung von Straftaten nur unter bestimmten Bedingungen vorbehält, von denen nicht abzusehen ist, ob und wann sie eintreten“, werde laut BGH von diesem Tatbestand nicht erfasst. In diesem Punkt wurde der Strafausspruch gegen die beiden kurdischen Politiker aufgehoben und das Verfahren an einen anderen Senat des OLG Celle zurückverwiesen. Die Karlsruher Richter empfehlen zudem, in einer neuen Verhandlung Feststellungen dahingehend zu treffen, „ob die Absage der PKK an demonstrative Gewalttaten im Rahmen des Friedenskurses ernst gemeint oder nur taktisch motiviert“ gewesen ist. Dies sei in dem Celler Urteil nicht hinreichend bewertet worden.

Der tschechische Präsident Klaus gegen EU-Verfassung

FAZ, 14.3.hav. Der tschechische Präsident Klaus hat sich gegen jede weitere Vertiefung der Europäischen Union ausgesprochen und vor der Ratifizierung der europäischen Verfassung gewarnt. Klaus sagte in einem Gespräch mit der FAZ: „Ich habe Angst um Europa.“ Die Verfassung sei leer und schlecht“ und nur „die Spitze eines Eisbergs“; sie stehe für eine fortschreitende Vereinheitlichung Europas, die niemand brauche. Es bestehe die Gefahr, „dass sich Europa von Demokratie und Freiheit löst“. Die EU sei eine „postdemokratische Institution“. Die Demokratiedefizite der EU seien „irreparabel“ und auch nicht durch die Vergrößerung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments zu beheben. Der Präsident sprach sich für eine Volksabstimmung in der Tschechischen Republik über die Verfassung aus. Er werde den Bürgern keine Empfehlung geben, aber seine „Argumente klar und offen sagen, um es den Leuten zu erleichtern, zu ihrer Entscheidung zu finden“. Die tschechische Mitte-Links-Koalition unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Gross tritt für die Annahme der Verfassung ein. Klaus sagte, er sei nicht für die Reduzierung der EU auf eine reine Freihandelszone, wie ihm vorgeworfen werde. Zu dem heutigen Kurs der „Europäisten“ gebe es aber „Hunderte von Alternativen“. Es sei seine „Utopie, auf den Stand von vor Maastricht zurückzukehren“. Er sei „gegen jede weitere Vertiefung“, aber für die größtmögliche Erweiterung: Türkei, Marokko, Ukraine, Kasachstan – je mehr, desto besser“.

Europäische Union droht China mit Importschranken

FAZ, 12.3.hav. Die Europäische Kommission droht China mit einer Beschränkung der Textilimporte in die EU. Seit dem Wegfall der weltweiten Quo-



Bundestag, 17.3. scc. Vor genau einem Jahr hatte das Bundesverfassungsgericht den 1998 legalisierten „Großen Lauschangriff“ für in wesentlichen Teilen für verfassungswidrig erklärt und u.a. festgestellt, dass jeder Bürger das unverletzliche Recht habe, in seiner Wohnung in Ruhe gelassen zu werden, und zwar ohne Angst, dass staatliche Stellen die Entfaltung seiner Persönlichkeit im „Kernbereich privater Lebensgestaltung“ überwachen. Außerdem hatte das Gericht verfügt, dass künftig nur noch bei schweren Straftaten abgehört werden dürfe. Jetzt fand im Rechtsausschuss des Bundestages die Anhörung zum neuen Gesetzentwurf statt. Mit dem Entwurf versucht die Bundesregierung, einerseits dem Urteil nachzukommen, andererseits den Großen Lauschangriff zu retten: Ergäben sich während der Überwachung Anhaltspunkte für eine Gefährdung absolut geschützter Bereiche, müsse die Aufzeichnung sofort unterbrochen werden. Bis auf den Vertreter der Bundesanwaltschaft hielten die geladenen Experten den Gesetzentwurf, wohl nicht zu Unrecht, aus unterschiedlichen Gründen für im Großen und Ganzen undurchführbar. Die Vertreter der Verfolgungsbehörden machten die Personalknappheit geltend; denn statt automatisch aufzuzeichnen, müssten sie Personal mit dem Finger am Knopf an den Abhöranlagen platzieren. Die Bundesrechtsanwaltschaft und der Deutsche Anwaltsverein fordern die vollständige Abschaffung des Großen Lauschangriffs. Sie machen u.a. geltend, dass selbst wenn abgeschaltete würde, ein Eingriff in den „Kernbereich privater Lebensgestaltung“ schon stattgefunden hat. Bemerkenswert die Einlassung des Vertreters des Max-Planck-Institutes, das in einer Studie festgestellt hatte, dass der Große Lauschangriff bisher in den meisten Fällen „nichts mit organisierter Kriminalität zu tun hatte“, aber dennoch „zumeist erfolgversprechend eingesetzt wurde“. Es ist zu befürchten, dass, würde der Entwurf Gesetz, die Grauzone illegaler staatlicher Überwachung noch zunehmen wird.

ten für Kleidung und Textilien Anfang des Jahres häufen sich die Klagen über die wachsende Menge chinesischer Stoffe auf dem europäischen Markt. Bisher hätten Italien, Frankreich und Portugal die Kommission gebeten, tätig zu werden, sagte die Sprecherin. Unmittelbar stünden keine Schritte bevor. Die Kommission werde in wenigen Wochen entscheiden. Die EU kann dazu auf eine 2001 in den Verhandlungen zum Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation (WTO) vereinbarte Schutzklausel zurückgreifen. Diese erlaubt anderen WTO-Mitgliedern bis Ende 2008, die chinesischen Einfuhren von Kleidung und Textilien zu beschränken,

wenn sie den heimischen Markt deutlich stören. Nach der Zusatzvereinbarung ist das der Fall, wenn die Importe um 7,5 Prozent über dem Mittel der Vormonate liegen. In diesem Fall darf die EU vorübergehende Quoten festlegen. Diese wären jedoch auf das laufende Jahr beschränkt und könnten nur verlängert werden, wenn China dem zustimmt.

Es gebe in Europa bereits erste Anzeichen für eine Destabilisierung des Textilmarkts. Ob die chinesischen Textil- und Kleidungsimporte zuletzt tatsächlich über der Grenze von 7,5 Prozent lagen, werde noch untersucht, sagte die Sprecherin.

Zusammenstellung: alk

Im Vorfeld der Wahlen im Bund

Nach einem Anschreiben der Union trafen sich CDU, CSU, SPD und Grüne zu einem Job-Gipfel. Dort kam es zu dem, was der Bundeskanzler Verabredungen nennt, letztlich unverbindliche Absichtserklärungen unter Geschäfts- und Liebesleuten, deren Verbindlichkeit lediglich dadurch gesichert wird, dass man sich im Enttäuschungsfall wen anders sucht. Wenige Stunden nach Konferenzende war dann auch schon unklar, was die Regierung angeboten hatte und wozu die Opposition bereit gewesen sein soll. Dem Job-Gipfel wenige Stunden vorgelagert gab Schröder im Bundestag eine Regierungserklärung ab, auf die Fraktionen und die Ministerpräsidenten Steinbrück (NRW) und Stoiber (Bayern) sich einließen. In dieser Debatte werden Schwierigkeiten des politischen Systems in der BRD erkennbar.

Taktisches Wahlverhalten im föderalen System

Die Steuerung des politischen Systems der BRD wird immer indirekter, tendenziell gerät sie außer Kontrolle. Bei den Entscheidungen der Wählerinnen und Wähler auf den Ebenen des Bundes, der Länder und der Gemeinden und auch bei den EU-Wahlen geht es zunehmend bloß darum, auf die Kräfteverhältnisse zwischen den Parteilagern Einfluss zu nehmen. Die konkreten programmatischen Unterschiede treten in den Hintergrund. Dieser Prozess, dessen Grund die irreversible Ausdehnung der Märkte ist, die von den politischen Gebieten nicht mehr umschlossen sind, hat in der BRD zu einer Verfassungskrise geführt. Die Wählerinnen und Wähler können durch Entscheidungen bei Landtagswahlen eine Mehrheit gegen die Bundestagsmehrheit aufbauen. Für die Oppositionsparteien wird die Lähmung der jeweiligen Regierung ein unverzichtbares Mittel. So operierte die SPD, geführt von Lafontaine, so operiert die Union, geführt von Stoiber. Das in der Opposition stehende Parteilager kann auf diese Chancen kaum verzichten, die Opposition hat kein Interesse an Stabilisierung der Regierung. In den Ländern können die „übergeordneten Interessen“ der Parteilager dazu beitragen, schwierige Situation noch weiter zu verkomplizieren.

Diese Gefahr wird inzwischen in allen politischen Lagern gesehen. Trotzdem ist die Föderalismus-Kommission gescheitert. Dabei hat sicher das Ausgangsproblem eine Rolle gespielt. Für die Union bestand und besteht die Aussicht, der Regierung Schröder/Fischer eine Zweidrittelmehrheit im Bundesrat entgegenzusetzen. Das tritt unter fol-

genden Bedingungen ein: 1. In Schleswig-Holstein scheitert die Regierungsbildung. 2. Es kommt zu Neuwahlen und dabei zu einer Mehrheit aus CDU und FDP. 3. Auch in NRW verpasst Rot-Grün die Mehrheit. Diese taktischen Variablen wechseln dauernd. Ihre Entwicklung mag das Scheitern der Föderalismus-Kommission begünstigt haben.

Letzten Endes jedoch waren Meinungsverschiedenheiten über die Kompetenzen des Bundes auf dem Sektor Schule und Hochschule entscheidend. Und hier schließt sich der Kreis. Was vom Kindergarten über die Grundschule, die weiterführenden Schulen und die Universität Sache der Öffentlichkeit ist und was Gestaltungsfreiheit der Privaten, das ist in der Gesellschaft der BRD tief umstritten.

Für das konservative Lager ist es kein Skandal, wenn sich die Chancen der jungen Generation im Bildungssystem nach der familialen Ausgangsbasis richten. Man geht davon aus, dass dies im Großen und Ganzen effizient ist, d.h. mit dem geringsten Aufwand öffentlicher Mittel der maximale Effekt erzielt wird. Dementsprechend wird die Vermögensschichtung der Gesellschaft in einem mehrgliedrigen Schul- und Bildungssystem abgebildet. Der empirische Sachverhalt, dass die Bereitschaft zur „Arbeit an sich selbst“, die Bildung nun mal auch ist, durch ein fettes Konto der Eltern nicht zwingend ausgelöst wird, trägt man durch Einrichtung von Stipendiatsystemen Rechnung, die als eine Art Adoption durch die herrschende Klasse begriffen werden können.

Für den breiten Hauptstrom der öffentlichen Meinung ist immer noch die Ansicht der Chancengleichheit attraktiv. Für den Bildungserfolg zählen soll danach einzig die im Bildungssystem gemessene Leistung. Maßnahmen wie Schulgeld, Lehrmittelkosten, Studiengebühren werden als sachfremder Eingriff in die Konkurrenzsituation im Bildungswesen empfunden. Da die Ausstattung der Zöglinge mit liquiden Mittel vom Einkommen der Eltern bestimmt wird, hält man eine solche Politik für Reaktion, für eine Wiederaufrechterhaltung von angeborenen Privilegien.

Die linke Kritik des Bildungswesens setzt auf eine Ausdehnung des öffentlichen Angebotes, von der Kindererziehung bis zur Hochschule. So weit geht die Einigkeit. Da unter diesen Vorzeichen aber nicht automatisch Einrichtungen konzipiert werden, die eine freie Entwicklung der Individuen stützen, denkbar wäre auch eine Tendenz zur Kasernierung der Kinder und Jugendlichen in staatlich-hoheitlichen Ein-

richtungen, kommt es auf die Konzeption der Einrichtungen an.

Da es in Sachen Bildungseinrichtungen einen tragenden Konsens zwischen der Gesellschaft, den Zöglingen, den Eltern, der Einrichtung braucht, käme es darauf an, Mehrheit und punktuellen Konsens von der gesellschaftlichen Basis her aufzubauen, im politischen System also in den Gemeinden, den Ländern. In diesem Prozess, der z.B. in Fragen Kindergartenerziehung schon weit gediehen ist, bietet sich die rot-grüne Bundesregierung als Garantiemacht gegenüber rechten Mehrheiten vor allem in den Bundesländern an.

Für die Entwicklung tragfähiger Neugestaltung von Kindergarten, Schule, Hochschule ist eine solche Konstellation letztlich nicht vorteilhaft, obwohl es im Moment immer anders aussieht.

Was der Welt/Umwelt nützt

Die Wirtschaft der BRD verdient ihr Geld eingebettet in die Weltwirtschaft, als spezialisierter Produzent von Investitionsgütern bzw. langlebigen Verbrauchsgütern. Alle Fraktionen des Deutschen Bundestags sind sich einig, dass die Entwicklung der Volkswirtschaft in dieser Richtung weitergehen muss. Es gibt Unterschiede, so streben die Grünen nach einer technologischen Spitzenstellung bei Anlagen zur Produktion „erneuerbarer Energie“, während die FDP Pharmazie und Gentechnik herausstreicht.

Diese Differenzbildung ist wichtig, ja entscheidend für die Entwicklung der Stimmanteile zwischen FDP und Grünen. Das konservativ-liberale Lage argumentiert wie im Aufwind: Die Entwicklung der Welt, beispielhaft der VR China und Indiens, gehe mit dem Einsatz von Atomenergie Hand in Hand. Ebenso mache der Kampf gegen eine Reihe individuell und sozial belastender Erkrankungen die Entwicklung der Gentechnik unumgänglich. Konservative und Liberale argumentieren hier mit Entscheidungen, die weltweit gefallen sind.

Die grün-alternative Bewegung, die sich in Deutschland als Initialzündung einer weltweiten Umkehr begriff, muss in der Tat noch erklären, wie ihre Politik auch als in dem kleinen Raum der BRD isoliertes Phänomen Sinn macht. Für die Grünen ist Jahr für Jahr wichtiger geworden, „zu wirken“. Wenn sich die kritisierten Technologien weltweit etablieren, würde daraus die Notwendigkeit folgen, eine differenzierte Kritik zu entwickeln, auf Eindämmen, Risikominimierung und Verbesserung zu setzen. In der Realpolitik der Grünen gibt

es Ansätze in dieser Richtung, die z.B. der ÖDP Daseinsberechtigung zuführen. Die Klemme der Grünen wird in den kommenden Monaten, wenn es darum geht, ein Wahlprogramm aufzustellen, immer deutlicher werden, und es ist begreiflich, dass die FDP Morgenluft wittert. Die Christlich-Konservativen überlassen der FPD diesen Part gerne und begnügen sich mit lapidaren Hinweisen auf die hohen Energiekosten, die die BRD als Standort für Produktionen mit hohem Energiekostenanteil unmöglich machten.

Spitzentechnologie

Alle großen Parteien versprechen sich wirtschaftliche Belebung vom Erreichen technologischer Spitzenstellungen. Das sitzt ganz fest.

Dagegen soll hier angemerkt werden, dass zum Beispiel aus der kommunalen Wirtschafts- und Sozialpolitik empirisch klar hervorgeht, dass es in einem Wirtschaftstraum sowohl Spezialisierung geben muss wie auch einen Mix, d.h. eine Mischung der verschiedensten Produktionen. Die industriellen Leistungen der BRD waren gerade dadurch geprägt, dass in vielen Bereichen ein Mix von praxisnahe Wissen und kenntnisreicher Praxis anzutreffen war. Auf diesem Grund wuchsen die Leistungen der Investitionsgüter produzierenden Industrie.

In der kommunalen und regionalen Wirtschaftspolitik gibt es in vielen Regionen der BRD feste Grundsätze, die Mischung aufrecht zu erhalten, und das durchaus mit rabiater politischer Gewalt. Es geht dabei nicht nur um die Struktur der Industrie und des ganzen Gewerbes, sondern auch um die Siedlungsstruktur, die Vermeidung von „sozialen Brennpunkten“ usw. Es gibt wie gesagt die Praxis, aber eine Theorie dazu gibt es nicht. Sie fehlt, und dass sie fehlt, ist einer der Gründe für die Unterbewertung der sogenannten einfachen Arbeit in Ansehen und Preis.

Der Arbeitsmarkt

Der Blick auf die Spitzentechnologie ist verbunden mit der Illusion, es gäbe für die sogenannte einfache Arbeit einen enormen Überschuss an Kräften im In- und Ausland. In der Praxis kehrt sich dieser Fehlschluss dann sofort gegen die Menschen, die derartige Arbeiten anbieten. Es stellt sich nämlich praktisch heraus, dass diese Arbeiten angestregte Aufmerksamkeit brauchen und gelernt werden müssen. Auch gut ausgebildete, ja sogar praktisch erfahrene Arbeitskräfte, die ihre Arbeit verlieren, haben es schwer, anderswo neu anzufangen. Die Arbeitsprozesse haben sich so spezifiziert, dass es für so gut wie jeden Job ziemlich lange Einarbeitungszeiten braucht. In einer solchen Situation käme es unter Gesichtspunkten von Effizienz und Produktivität des Faktors



80 000 Menschen aus Europa demonstrieren am 19.3. in Brüssel für ein soziales und friedliches Europa. Bild: Belgische Gewerkschafter gegen die neue Arbeitszeitrichtlinie.

Arbeit darauf an, die Anbieter von Arbeitskraft in Beschäftigung zu halten.

Nun ist aber in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts der Versuch gescheitert, den Verkauf der Arbeitskraft auf Teilzeitverhältnisse umzustellen. Das Phänomen ist bei den technisch-wissenschaftlich vorgebildeten Arbeitskräften aufgetreten, aber auch im Bereich der praktisch-handwerklichen Arbeit. Es hat sich eine Situation ergeben, in der Überarbeit, oft noch über den gesetzlichen Rahmen von 60 Wochenstunden hinaus, neben Arbeit wie im Tagelohn, in kleinste Portionen geschnitten, geleistet wird.

Es ist äußerst irritierend, dass die Politik, hier namentlich die SPD, sich an diesen Zustand nicht heranwagt. Dabei wäre das gar nicht so schwer. Es würde schon viel ausmachen, wenn die Schranke für die gesetzliche Arbeitszeit von jetzt 60 auf z.B. 48 Stunden heruntersetzt würde. Das würde viel ausmachen, weil damit die Politik der Firmen, auf Spitzenanforderungen, Termindruck usw. zu reagieren, geändert würde. Sie könnten vor ihren Kunden nicht um Aufträge pokern und dabei die Lebensqualität und Gesundheit anderer Leute als Einsatz auf den Tisch legen.

Die Elastizität, die den in Beschäftigung stehenden abverlangt werden darf, trägt dazu bei, Überbeschäftigung und Gelegenheitsarbeit als Lebensweisen zu fixieren.

Die Standortkonkurrenz

Die Entwicklung der weltweiten Arbeitsteilung hat, wie niemand bestreitet, dazu geführt, dass die durch nationaltypische Gesetze voneinander unterschiedenen Regionen als Standorte um die Investitionen von Kapitalgesellschaften konkurrieren. Die Herausbildung der EU hat zu noch größerer Beweglichkeit auf den Kapital- und Arbeitsmärkten geführt mit dem Effekt, dass die Preise, auch die Preise für Arbeitskraft, in Bewegung sind. Das ist eine Situation, die für die Arbeiterbewegung nicht ganz und gar neu ist. Die Wirtschaftsgeschichte lehrt, dass ihr

Kampf um die Arbeitsbedingungen durch Kartellbildung auf den Märkten, wie sie entstehen, stattfinden muss und sich nicht darauf werfen kann, auf politischem Wege Marktzugänge und Ausschluss zu regulieren.

Die gnadenlose Ausnutzung von momentanen Marktsituationen ruft Kritik und Skandal hervor. Und es ist ja auch so, dass ein solcher „Moment“ das Leben von Hunderttausenden kaputtmachen, aus der Bahn werfen kann. Da bleibt dann für den Moment nichts anderes, als sich an die hier bestehenden Gesetze und Tarife zu klammern. Man muss jedoch die Beobachtung aussprechen, dass die Betriebsräte-, die Gewerkschaften und die einzelnen Marktteilnehmer massenhaft, gesetzlich oder ungesetzlich, tariflich oder außertariflich bereit sind, solche „geltenden“ Regeln zu unterlaufen, oft in der Form, dass einige „geschützt“ bleiben, wären andere direkt daneben bereits zu „neuen Bedingungen“ arbeiten.

Die Sozialdemokratie geht mit dieser Situation nach dem Prinzip um, dass Abstürze vermieden und weiche Landungen ermöglicht werden sollen. Das Ausmaß des Verfalls hat jedoch die Lebenshoffnungen vieler Menschen grundlegend erschüttert und zu einer Enttäuschung breiter Wählerkreise geführt. Hatte die SPD eine Alternative? Die Partei hätte sich in der Frage der gesetzlichen Arbeitszeit anders verhalten können, und sie könnte auch für europaweit geltende Arbeitsschutzbestimmungen eintreten. Die Konzentration auf die Verteidigung von BRD-Recht macht für die Schwächen blind, die dieses Recht in Vergleich zu anderen Ländern, auch der EU, hat, und verstellt die Perspektive einer europaweiten politischen Solidarität der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung.

Europaprogramm – wo bist du?

Gegenwärtig sieht es so aus, als ob die europäischen Linksparteien die Schwächen der Sozialdemokratie ins Extrem treiben wollten. Sie betragen sich gleichsam als letzter und sicherster Hort des Nationalstaates. Die Verlockung dazu ist groß, denn scheinbar ist die Defensive die Situation, in der die schwächere Seite noch am ehesten was ausrichten kann. Das gilt in der Kriegskunst. Im Kampf um die politischen Mehrheiten gilt es nicht. Hier kommt es darauf an, auf einer Kritik der vorliegenden Daten Perspektiven zu entwickeln. Es wird sich zeigen, dass linke Kritik und soziale Bewegungen aus der Situation des dauernden Nachgebens, des hier Zugestehens und dort Zurückweichens nur herauskommen können, wenn sie ihre Meinungsbildung im ganzen EU-Raum hintreiben auf Eckpunkte, die auf allen Ebenen, kommunal, regional, Länder, Bund und EU zur Debatte gestellt werden können. *alk, maf*

Streit um Wolfowitz

US-Präsident Bush hat den Vizechef des Pentagon, Paul D. Wolfowitz, als Nachfolger des amtierenden Weltbank-Chefs James Wolfensohn nominiert. Wolfensohns zweite Amtszeit endet am 31. Mai.

Schon im Vorfeld hatte es Gerüchte gegeben. Wolfensohn selbst, vor seiner ersten Berufung im Sommer 1995 unter anderem Direktor der Rockefeller Stiftung, Vorstandsvorsitzender der Carnegie Hall Stiftung und Geschäftsführer bei Salomon Brothers, also aus reichsten New Yorker Kreisen, soll gelästert haben, er habe seinen Sohn vorgeschlagen und das Weiße Haus habe die Buchstaben durcheinander gebracht. Andere fürchten, Wolfowitz, der die US-Aggression gegen den Irak an führender Stelle der Bush-Administration organisiert hat, werde einen Kurswechsel der Weltbank herbeiführen, weg von Programmen zur Bekämpfung von Armut und Krankheit, hin zu marktwirtschaftlichen Deregulierungsprogrammen früherer Jahrzehnte. Sie verweisen auf das Beispiel McNamara. McNamara war als ehemaliger US-Verteidigungsminister der Kennedy-Zeit und maßgeblicher Betreiber der US-Aggression in Vietnam ebenfalls nach Ablauf seiner Amtszeit im Pentagon Weltbank-Chef geworden „und versorgte vor allem die Nationen mit Krediten, die mit der damaligen US-Politik übereinstimmten“. (*Berliner Zeitung*, 17.3.05) Wolfowitz solle dafür sorgen, dass die Weltbank „den Robert Mugabes dieser Welt die Stirn bietet“, forderte ein Kommentar im „Wall Street Journal“ (*Tagesspiegel*, 20.3.05).

Kein Weltbank-Chef gegen die USA

Gegen die Stimmen der USA kann kein Weltbank-Chef berufen werden. Dafür sorgen schon die Statuten der Bank. 85 Prozent der Stimmen sind erforderlich, um den Bankchef zu wählen. Die USA haben 16,41% der Stimmen und können so jeden Kandidaten blockieren. Traditionell besetzen sie den Chefposten der Weltbank, während die Europäer den Chef des Internationalen Währungsfonds stellen.

184 Staaten, alle auch Mitgliedstaaten des IWF, „besitzen“ die Weltbank. Da ihre Stimmrechte nach Kapitaleinzügen und diese nach ökonomischer Macht gewichtet sind, entscheidet die ökonomische Schlagkraft. Größte Macht nach den USA ist Japan mit 7,87% der Stimmen, gefolgt von der BRD (derzeit vertreten durch Entwicklungshilfeministerin Wierczorek-Zeul und den Staatssekretär im Finanzministerium Koch-Weser) mit 4,49%, Großbritannien und Frankreich mit je

4,31%. Diese fünf Mächte machen die Weltbank-Politik weitgehend unter sich aus.

Die täglichen Geschäfte leitet der Weltbank-Chef in Abstimmung mit dem 24-köpfigen Exekutivdirektorium. Fünf Direktoren werden seit der letzten Statutenänderung im Jahr 1992 von den eben genannten fünf Mächten nominiert, 19 von den anderen Mitgliedstaaten gewählt.

Große Rolle bei Entwicklungsprojekten

Bis Ende 2002 hatte die 1944 in Bretton Woods gegründete Weltbank mit ihren heute 10.500 Beschäftigten Entwicklungsdarlehen in Höhe von 506 Milliarden US-Dollar vergeben. Zur Finanzierung kann die Weltbank dabei auf unverzinsten Einlagen ihrer Mitgliedsstaaten zurückgreifen, die in den letzten Jahrzehnten mehrfach erhöht wurden – bis 1996 bei der Weltbank und ihrer Tochter IDA auf zusammen 272 Milliarden Dollar. Dieses unverzinsten Eigenkapital ermöglicht der Bank, trotz zusätzlich auf den Finanzmärkten aufgenommenen Mittel ihre Kredite insgesamt deutlich billiger als private Geschäftsbanken zu vergeben – abgesehen davon, dass viele arme Staaten von privaten Banken vermutlich gar keinen Kredit bekämen. Alle Kredite der Weltbank müssen armen Ländern zugute kommen, um Armut, Hunger und Krankheit zu bekämpfen und den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu fördern.

Was Letzteres genau bedeutet, war und ist umstritten. In den 60er und 70er Jahren vergab die Weltbank viele Kredite für Bergbauprojekte, Hafenbauten und andere wirtschaftsnahe Infrastruktur und forderte im Gegenzug oft die Privatisierung staatlicher Betriebe und die Deregulierung öffentlicher Leistungen. Davon profitierten vor allem international tätige Bergbau-, Energie- und Baukonzerne. Das trug der Bank viel berechtigte Kritik ein.

Inzwischen hat die Weltbank diese Politik – auch infolge dieser Kritik – teilweise korrigiert. Das hat ihr Ansehen in Entwicklungsländern und bei Nicht-Regierungs-Organisationen verbessert. So hat sich die Weltbank vor wenigen Jahren verpflichtet, bei der Vergabe von Krediten darauf zu achten, dass die Kreditnehmer die ILO-Kernarbeitsnormen – Gewerkschaftsfreiheit, Streikrecht, Diskriminierungsverbot, Verbot von Kinderarbeit und Zwangsarbeit – einhalten. Hinzu kamen Programme zur Bekämpfung von Armut, Hunger, Krankheit und Analphabetismus. Die 2002 von 189 Staaten auf dem „Millennium-Gipfel“ der Vereinten Nationen beschlossenen „Millennium“-Entwicklungsziele gelten auch für die Weltbank. Sie umfassen:

1. die Ausrottung von Hunger und Armut,
2. Grundschulbildung für alle,

3. Förderung von Gleichberechtigung und Frauenrechten,
4. Reduzierung der Kindersterblichkeit,
5. Verbesserung der Gesundheit von Müttern,
6. Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten,
7. Nachhaltigkeit im Umweltbereich und
8. Entwicklung einer globalen Partnerschaft.

Der Anteil der Weltbankdarlehen für den Energiebereich ging infolge dieser Politik von 21% in 1980 auf 7% zurück, der von Krediten für Gesundheits- und Bildungsprojekte und andere soziale Dienste stieg im gleichen Zeitraum von 5 auf 22 Prozent. Im Bildungsbereich ist die Weltbank heute weltweit größter Kreditgeber. 1,3 Mrd. \$ etwa fließen zur Zeit in Alphabetisierungsprogramme in Indien. 2002 stellte die Weltbank 1 Mrd. \$ zur Bekämpfung von HIV/AIDS in Afrika zur Verfügung, 155 Millionen Dollar für ähnliche Programme in der Karibik und anderen Staaten.

Genau solche Kreditprogramme, so fürchten Kritiker, könnten unter Wolfowitz wieder gestrichen oder zugunsten der international umstrittenen US-Politik in Sachen AIDS, Umweltschutz usw. modifiziert werden. US-Regierungsberater Alan Meltzer, der im Jahr 2000 im Auftrag des US-Kongresses einen Reformplan für IWF und Weltbank ausgearbeitet hatte, wirft der Weltbank schon lange vor, sie sei ein „Desaster“ und würde Milliarden von Dollar sinnlos verschleudern. (*SZ*, 17.3.05). Befürchtet wird, die Weltbank könne zu ihrer Politik der Infrastruktur- und Bergbauprojekte wie in den 60er und 70er Jahren zurückkehren und billige Darlehen für ärmste Länder einschränken. (*Zeit*, 17.3.05)

Das Vorschlags-Recht der USA kippen?

Das *Handelsblatt* geht noch weiter. Ein Kommentar des Blattes wertete am 17.3. die Personalien von Bush als Affront gegen die Europäer. Die Ankündigung Bushs, in seiner zweiten Amtszeit die Absprache mit den europäischen Partnern zu suchen, scheine in Washington binnen weniger Tage „wieder vergessen“ zu sein. Wolfowitz sei „der Kopf hinter der Schurkenstaaten“-Ideologie der Bush-Administration. „Es sei an der Zeit, „das ohnehin absurde Vorschlagsrecht der Amerikaner für diesen Posten ein für alle Mal in Frage zu stellen“.

Soweit wird es vermutlich nicht kommen. Die gleiche Zeitung meldete einen Tag später, Kanzler Schröder und Frankreichs Staatspräsident Chirac hätten bereits einen Deal mit Bush ausgehandelt. Beide Staaten würden die Kandidatur von Wolfowitz unterstützen, wenn im Gegenzug die USA den EU-Kandidaten Lamy bei der Kandidatur für den Vorsitz der Welthandelsorganisation WTO unterstützten. *rül*

Wie Berlusconi bekämpfen?

Die Linie zur Parlamentswahl 2006 stand im Mittelpunkt des 6. Parteitags von Rifondazione comunista Anfang März in Venedig. In der Frage, welche Rolle Rifondazione in einem Bündnis der Opposition zum Sturz der Regierung Berlusconi spielen und wie sich die Partei zu einer eigenen Regierungsbeteiligung stellen soll, gibt es unterschiedliche Auffassungen. Dasselbe gilt für eine Reihe grundsätzlicher Fragen kommunistischer Politik und Geschichtsbeurteilung. Die Mehrheitsströmung mit dem Parteisekretär Bertinotti hatte eine Vorbereitung des Parteitags über unterschiedliche Leitanträge der verschiedenen Parteiströmungen (also nicht z.B. über Thesen mit der Möglichkeit von Veränderungen, Zusätzen usw.) durchgesetzt. Außerdem eine Statutenänderung, die der Mehrheitsströmung die alleinige Besetzung der zentralen operativen Leitung der Partei sicherte. So hatte der Parteitag das Ergebnis, dass Bertinottis Leitantrag 1 „Gesellschaftliche Alternative“ rund 60% der Stimmen erhielt, die weiteren 4 Leitanträge zusammen rund 40%, und dass die z.T. starken Minderheitsströmungen bei der Besetzung der operativen Leitung nicht mehr zum Zug kamen. Ein Vorgang, der innerhalb der Partei und auch darüber hinaus scharfe Kritik hervorgerufen hat.

Der Leitantrag 1 orientiert nun die Partei beim Kampf gegen die Regierung Berlusconi auf ein Bündnis der Oppositionsparteien, bei dem Rifondazione auch in eine eventuelle Mitte-Links-Regierung eintreten würde. Dabei sind nicht, wie von Minderheitsströmungen gefordert, präzise und verbindlich vereinbarte Ziele für eine Regierungsbeteiligung formuliert, sondern diese Ziele sollen im Verlauf der politischen Auseinandersetzung aufgestellt werden. Bertinotti beschrieb in seinem Einleitungsbeitrag auf dem Parteitag die Prekarisierung der Arbeitsbedingungen als zentrales Element der aktuellen Entwicklung des Kapitalismus, die auch zur Krise der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse führe. Der Kapitalismus einige heute die Arbeit nicht mehr gegen sich, sondern spalte und isoliere sie. Das schaffe die schwierige Pflicht zu vereinigen, was das Kapital spalte, „alte und neue Arbeit und tausend Überlagerungen“. Die entscheidende Kraft zur Veränderung sieht Bertinotti bzw. die Mehrheitsströmung in der globalisierungskritischen „Bewegung der Bewegungen“. Gewaltlosigkeit wird als Weg beschrieben, auf dem die unterdrückten Klassen ihre Interessen in die Hand nehmen und dabei die

Gesellschaft schon verändern. Wobei dieses Konzept der Gewaltlosigkeit auch als Abkehr vom Leninismus und als eine Antwort auf das Scheitern des Staatssozialismus begriffen wird.

Soziale Reformen, die eher allgemein beschrieben werden, sollen aus der Krise führen. Die Kaufkraft von Löhnen und Renten sowie ein sozialer Mindestlohn sollen dabei im Mittelpunkt stehen. Italien soll eine europäische Perspektive erhalten und dabei als Brücke zwischen Europa und den arabischen Ländern des Mittelmeerraums fungieren. Den anderen Parteien der Opposition wie den Linksdemokraten bot Bertinotti „gemeinsame Arbeit und Suche mit größter Offenheit“ an. Dabei ist zu berücksichtigen, dass 1998 die Mitte-Links-Regierung Prodi zu Fall kam, als Bertinotti im Parlament die Unterstützung entzog (was zu einer Abspaltung und Gründung der Partei der italienischen Kommunisten PdCI führte). Und in den Folgejahren hatte Bertinotti das Mitte-Links-Bündnis als tot eingeschätzt.

Bei den Leitanträgen der Minderheit erhielt neben vor allem trotzkistisch geprägten Positionen der Leitantrag 2 „Kommunistisch sein“ mit rund 26% die meisten Stimmen. Dahinter steht die eher PCI-geprägte Strömung in Rifondazione. Auch dieser Leitantrag ging davon aus, dass die Linke die Regierung Berlusconi besiegen muss und dass dabei Rifondazione eine entscheidende Rolle zukommt. Aber auch ein Wahlsieg (der nach der Erfahrung mit dem Wahlsieg von Bush für durchaus schwierig gehalten wird) bedeute noch längst nicht, dass damit eine Reformpolitik betrieben werde. Eine neue Mitte-Links-Regierung sei nicht nur mit den Hinter-

lassenschaften der Berlusconi-Regierung, sondern auch denen früherer Mitte-Links-Regierungen konfrontiert. Und es bestehe wieder die Gefahr, dass Regierungspolitik zu Lasten der arbeitenden Klassen gemacht werde, was dann wieder zu Enttäuschung führe, von der die Rechte profitieren könne. Um einer solchen Entwicklung vorzubeugen, forderte der Leitantrag 2 ein präzises Programm für die Regierungspolitik vor einer Festlegung auf ein Bündnis mit Regierungsbeteiligung.

Für die Strömung hinter dem Leitantrag 2 bleibt der Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit weiterhin zentral. Sie will die kommunistische und antifaschistische Tradition gegen aktuelle rechte, revisionistische Kritik verteidigen. Sie teilt nicht Bertinottis Konzept der Gewaltlosigkeit als neue Grundsatzposition von Rifondazione. Die Formen der Auseinandersetzung hingen von den Umständen ab. Dass heute die politische Auseinandersetzung mit friedlichen Mitteln geführt werden könne, rühre auch daher, dass italienische Partisanen den Faschismus bewaffnet bekämpft hätten.

Bei der Partei der europäischen Linken, für deren Gründung sich die Bertinotti-Strömung stark engagiert hat, fehlte dem Leitantrag 2 eine klassenmäßige und antikapitalistische Ausrichtung.

Die grundsätzliche Kritik der Bertinotti-Richtung an „Macht“ und „Kampf um die Macht“ teilte der Leitantrag 2 nicht. Dafür betonte er die Rolle einer kommunistischen Partei, die von der Arbeit ihrer Basisorganisationen geprägt sein müsse und weniger wie heute von Fernsehinterviews und Presseerklärungen. rok



Zehntausende demonstrierten am 19. März in Rom, wie in den zahlreichen Städten der USA, in London und in aller Welt, anlässlich des 2. Jahrestages des Angriffs auf Irak für den Abzug der Besatzungstruppen. Der italienische Ministerpräsident Berlusconi hatte kurz zuvor angesichts der öffentlichen Meinung in Italien und im Blick auf die 2006 bevorstehenden Wahlen zunächst den Abzug der rund 3.300 italienischen Soldaten aus dem Irak ab September in Aussicht gestellt. Angeblich sei die „Ausstiegsstrategie“ mit Großbritannien abgestimmt. Als Blair die angebliche Absprache dementierte und bekannt wurde, dass Bush bei Berlusconi angerufen habe, erklärte dieser flugs, er habe natürlich nicht vom Abzug, sondern von einem „Wunsch“ und einem „Wunschtermin“ gesprochen. Das anderslautende Communiqué verschwand postwendend von der Homepage der italienischen Regierung und wurde durch eine Mitteilung über ein „langes und herzliches Gespräch“ zwischen Bush und Berlusconi ersetzt. scc

Kein Ende des Terrors

Am 16. März, am 17. Jahrestag des Giftangriffs auf Halabja, trat in Bagdad das neu gewählte Parlament zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Ein Ergebnis gibt es nicht. Die Regierungsbildung erweist sich als noch schwieriger, als ohnehin angenommen. Streitpunkte zwischen der Vereinigten Irakischen Allianz, das ist die schiitische Allianz, und der kurdischen Seite – beide Gruppierungen zusammen, und nur sie beide zusammen, erreichen die erforderliche Zweidrittelmehrheit – sind die föderativen Rechte für die Kurden im Koalitionsvertrag, ihr Anteil am Erdölerlös aus dem Budget der Zentralregierung, die Eingliederung der Peschmerga-Milizen in die irakischen Sicherheitskräfte und die Zukunft von Kirkuk. Unklar ist auch noch, ob und wie sunnitische Parteien, die die Wahlen boykottiert hatten, sich an der Regierungsbildung beteiligen. Auch darüber finden Verhandlungen statt. Gegenwärtig rechnet man mit einer Einigung, die dann in einer Koalitionsvereinbarung und in der Aufteilung verschiedener Staatsämter ihren Niederschlag findet, frühestens Ende März.

Wenige Tage vor der Parlamentssitzung hatte UN-Generalsekretär Annan einen Bericht vorgelegt, aus dem hervorgeht, dass die Gewalt im Irak nach kurzzeitigen rückläufigen Tendenzen inzwischen wieder auf das Niveau vor den Wahlen angestiegen ist. Die hohe Wahlbeteiligung, Ausdruck einerseits der Tatsache, dass die Strategie des bewaffneten Widerstands und des Terrors keine breite Basis in der irakischen Bevölkerung hat, hat andererseits nicht zur Schwächung und Delegitimierung dieser Strategie geführt. Tagtäglich kommt es nicht nur zu Zusammenstößen zwischen Aufständischen und Besatzungstruppen – die Zahl der getöteten US-Soldaten übersteigt inzwischen 1.500 –, sondern vor allem zu blutigen Anschlägen auf irakische Sicherheitsorgane, öffentliche Einrichtungen und die Zivilbevölkerung. Dabei hat es den Anschein, dass sich die Anschläge zunehmend direkt gegen die schiitische Bevölkerungsmehrheit richten, so am 28. Februar in Hilla, wo über 130 Menschen bei dem bisher blutigsten Selbstmordattentat starben, oder am 11. März in Mossul, als bei einem Anschlag auf eine Trauerfeier in einer schiitischen Moschee über 50 Tote zu beklagen waren.

Wir hatten in dieser Zeitschrift (Nr. 3/05) das Ergebnis der Wahlen am 31. Januar als „endgültige[n] Untergang des Baath-Regimes“ gewertet. Das war voreilig, wie sich zeigt, und eine Fehleinschätzung der im Irak wirkenden Kräfte und Konstellationen.

Die hohe Beteiligung der schiitischen (und kurdischen) Bevölkerung an den Wahlen und der überragende Wahlerfolg der schiitischen Allianz ist nicht nur für den Irak selbst von Bedeutung. Der Wahlausgang eröffnet eine neue Perspektive, die die Machtverhältnisse in der gesamten Region vollständig verschieben könnte.

Das Verhältnis zwischen dem (pan-) arabischen Nationalismus, der in seinen verschiedenen Spielarten (Nasserismus, Baathismus u.ä.) in etlichen arabischen Staaten herrschende Ideologie war und z.T. noch ist, und dem Iran war seit je voller Spannungen. Der Baathismus irakischer Prägung z.B. geht wie die anderen Ausprägungen des arabischen Nationalismus von einer „einzigsten, ungeteilten arabischen Nation“ aus, d.h. von dem Ziel, einen einheitlichen „arabischen“ Raum zu schaffen. In dieser Ideologie spielt die Nationalisierung der großen Ölvorkommen der Region eine tragende Rolle. Sie legitimiert einen Staatsapparat, der auf den Öleinnahmen basiert und der brutal unterdrückt, was das Ziel der „arabischen Einheit“ gefährdet. Der Panarabismus ist aus vielen Gründen seit langem in einer Krise, u.a. weil er dem Ziel nicht näher gekommen ist, im Gegenteil, gleichzeitig nationalstaatliche Entwicklungswege sich aber auch nicht aufzuheben. Nicht zuletzt ist er auch deshalb in der Krise, weil es den USA gelungen ist, den größeren Teil des Erdöls der Region mit Hilfe der Regimes in Saudi-Arabien und den kleinen Golfstaaten der Nationalisierung zu entziehen. Iran hatte unter dem Schah die Rolle des „Wächters“ am Golf übernommen und sich, im Interesse der USA, als Bollwerk gegen den Panarabismus verstanden.

Nach der sog. „islamischen Revolution“ nahm die Konfrontation zwischen Iran und der säkularen arabischen Welt eher noch zu, gleichzeitig verschärfte sich die religiös begründeten Konflikte zwischen Iran und den anderen Golfanrainerstaaten, so dass alle arabischen Staaten mit Ausnahme von Syrien Irak im Krieg gegen den Iran unterstützten.

Jetzt aber bahnt sich – erstmals – die Möglichkeit einer irakisch-iranischen Achse an, die durch die Schia zusammengehalten wird. Diese schiitische Achse, die Anhänger auch in anderen Ländern der Region hat – z.B. im Libanon, wo kürzlich eine halbe Million Schiiten gegen die Drohungen der USA gegen Syrien demonstrierte –, muss von den Anhängern und Institutionen der „arabischen Einheit“ (z.B. der Arabischen Liga) als Bedrohung ihres Einflusses, ja als Existenzbedrohung empfunden werden.

Vor wenigen Tagen demonstrierten in Bagdad 2 000 Schiiten gegen Jordanien, das sie verdächtigten, in den Anschlag von Hilla verwickelt zu sein. Die Vorstellung, dass Staaten hinter dem Terror stecken, trifft die Sache wohl nicht. In der hier nur kurz dargestellten Konstellation, in der die panarabische Option, die immer noch Anhänger hat – im Irak unter der sunnitischen Minderheit –, aber mächtig an Einfluss verliert, finden sich jedoch Freiwillige und Finanziere des Terrors. Wie nun zu befürchten ist, auch über eine längere Zeit.

So wird es zu einer entscheidenden Frage, ob die verschiedenen politischen Kräfte im Irak bei der Bildung der Koalition und der auszuarbeitenden Verfassung zu einem tragfähigen Kompromiss finden, dem auch die Sunniten zustimmen können. scc



Auch in diesem Jahr feierten Hunderttausende in den kurdischen Provinzen der Türkei das Newrozfest am 21. März. Auf den Kundgebungen wurde für Frieden und Demokratie in der Türkei, Amnestie für die politischen Gefangenen, ein Ende der Isolationshaft von Abdullah Öcalan sowie für die Rückkehr der Guerilla in das gesellschaftliche Leben demonstriert. Bild: Kundgebung in Diyarbakir. rub



Wie in den vergangenen Jahren demonstrierten am 16. März ehemalige Angehörige der lettischen Waffen-SS-Legion, unterstützt durch Anhänger des ultranationalistischen „Klub 415“, mit dem Gesang der SS-Hymne und Rufen „Lettland den Letten“ durch Riga, um am Freiheits-Denkmal einen Fahnenappell zu veranstalten (links). Im Unterschied zu früheren Jahren jedoch hatten die Behörden die Demonstration ausdrücklich genehmigt, trotz der Proteste jüdischer und russischer lettischer Organisationen (ein Drittel der lettischen Bevölkerung ist russischer Herkunft) sowie internationaler Kritik, u.a. des Simon-Wiesenthal-Zentrums, aus Israel, Russland und der GUS. Kritische Stellungnahmen der EU oder der Nato wurden nicht gemeldet. – Organisationen der russischen Minderheit, jüdische und antifaschistische sowie Menschenrechtsorganisationen hatten zu einer Gegendemonstration aufgerufen (Mitte). Bei dem Versuch der 200 bis 300 Gegendemonstranten, sich dem gespenstischen Zug in den Weg zu stellen, nahm die Polizei 30 Antifaschisten fest, darunter auch

solche in KZ-Kleidung. Sie müssen eine Geldstrafe zahlen; einem Gegendemonstranten, der ein Ei geworfen hatte, droht sogar eine Gefängnisstrafe. – Nach dem Einmarsch des faschistischen Deutschland 1941 hatten sich rund 140.000 Letten zum Kriegszug gegen die Sowjetunion gemeldet, meist zur Waffen-SS. Während der faschistischen Besetzung wurden rund 80.000 Juden, über 90% der jüdischen Bevölkerung Lettlands, sowie zahlreiche Russen ermordet. Heute ist rund ein Drittel der lettischen Bevölkerung russischer Herkunft, vielen werden die lettische Staatsbürgerschaft und damit zahlreiche Rechte vorenthalten. Die Tatsache, dass Teile der lettischen Gesellschaft das Treiben der alten und neuen Nazis dulden oder sogar stillschweigend oder offen unterstützen, bedroht das Zusammenleben und die friedliche Nachbarschaft zu Russland. Auch durch immer wieder hochkochende Diskussionen über die Errichtung von Heldendenkmälern zu Ehren der lettischen Waffen-SS erhalten sie Auftrieb und öffentliche Unterstützung. (Quelle: CNN, Standard, russland.ru)

Vor dem Ende der GUS?

Die von der Ukraine, Georgien und Moldawien gemeinsam unterbreitete Initiative, die regionale Organisation GUUAM erneut zu beleben, droht die GUS und den Einheitlichen Wirtschaftsraum, dem Russland, Weißrussland, die Ukraine und Kasachstan angehören, zu zerstören. Die GUUAM (eine zwischenstaatliche Vereinigung von Georgien, Ukraine, Usbekistan, Aserbaidschan, Moldawien) war 1997 auf Betreiben der USA ins Leben gerufen worden, die eine von Russland unabhängige Institution in der Region ins Leben rufen wollten. Sie ist zwischenzeitlich praktisch eingeschlafen, nachdem Usbekistan die Mitgliedschaft ruhen ließ und Aserbaidschan sich wirtschaftlich stärker an der Türkei orientierte. Der georgische Präsident Saakaschwili erklärte in der *Le Monde* das Ziel der Neubelebung: „Kiew und Tiflis orientieren sich auf die Integration in westliche Strukturen, weil Russland ihnen keine andere Wahl mehr lässt, und beschloss, sich von Moskau zu distanzieren und eine ‚demokratische Brücke‘ innerhalb der GUS zu schlagen.“ Usbekistan hat dem Projekt mit Hinweis auf die „politische Ausrichtung, die heute die Ukraine, Georgien und Moldawien haben“, bereits eine Absage erteilt. Viel hängt davon ab, wie sich Aserbaidschan entscheidet. Denn nur mit Aserbaidschan und seinen Kohlenwasserstofflieferungen könnte gelingen, was sich der ukrainische Präsident von dem Projekt der GUAM (ohne Us-

bekistan) verspricht: „einige Projekte in Angriff zu nehmen, die es der Ukraine, Georgien und unseren Nachbarn ermöglichen würden, eine Alternative bei der Versorgung der nationalen Märkte mit Energieträgern“ zu entwickeln. Bisher ist man von russischen Lieferungen abhängig. (Quelle: russland.ru)

Folterpraxis der US-Armee in Afghanistan weit verbreitet

Wie jetzt bekannt wurde, starben im Dezember 2002, ein Jahr, bevor die Folterpraxis im irakischen Abu Ghraib öffentlich wurde – zwei junge Afghanen im Gewahrsam der US-Armee an den Folgen schwerer Misshandlungen. Der Ermittler und Afghanistan-Experte für Human Rights Watch/New York, John Sifton, berichtete über geheime Armeedokumente, die ihm in die Hände gefallen waren: „Sie belegen den Verlauf der Befragungen, die Aussagen und die Beweise. Die Bush-Administration und das Pentagon beschreiben das Folterproblem so, als handle es sich um isolierte Vorfälle, die nicht Teil eines übergeordneten Planes sind. Die Beweise sagen etwas anderes.“ „Die Vorfälle sind keine isolierten Einzelfälle. Wir können nicht mit Bestimmtheit sagen, dass es die Norm war, aber Private Brand beispielsweise gestand ein, noch rund 20 weitere Gefangene geschlagen zu haben. Schläge und schmerzhaft Positionen wurden in Afghanistan häufig angewendet. Eigene Untersuchungen haben ergeben, dass fast alle Gefangenen, die im Jahr 2002 letztendlich aussagten,

zuvor misshandelt worden waren.“ Die beiden getöteten Gefangenen waren in ihren Zellen angekettet und immer wieder geschlagen worden. Sie seien gegen Tisch und Wände geschleudert worden und mussten während der Verhöre in schmerzhaften Positionen ausharren; dabei wurde ihnen Wasser in den Mund geschüttet, bis sie am Ersticken waren. (Quelle: ZNet)

Iran: Gefahr der Eskalation wächst

Die USA und die EU, vertreten durch BR Deutschland, Großbritannien und Frankreich, haben sich auf eine gemeinsame Linie von Zuckerbrot und Peitsche gegenüber Iran verständigt. Mit dem Zuckerbrot ist es allerdings nicht weit her. Für den Fall, dass Iran sich in den Gesprächen mit dem europäischen Trio bewegen lässt, auf sein Recht auf die Anreicherung von Uran zu verzichten, wollen sich die USA „nicht mehr grundsätzlich“ einem Beitritt Irans in die Welthandelsorganisation (WTO) in den Weg stellen. Das bedeutet jedoch nur, dass Iran in gewöhnlich viele Jahre dauernde Verhandlungen über die WTO-Mitgliedschaft eintreten kann; eine Garantie für Erreichen des Ziels gibt es nicht. Umgekehrt haben die BRD, Frankreich und Großbritannien zugestimmt, für den Fall, dass Iran nicht nachgibt, den Sicherheitsrat anzurufen. Damit beteiligen sie sich, während sie noch verhandeln, am Aufbau der „Drohkulis“ Die sollen bis zum Frühsommer beendet sein. (Quelle: NZZ)

Zusammenstellung: scc

MÜNCHEN. Noch vor dem Beginn des Sommersemesters an den bayerischen Unis haben am 18.3.2005 in München zwei Demos gegen Studiengebühren stattgefunden. Den Auftakt bildeten morgens um 8 Uhr rund 2500 Schülerinnen und Schüler, die am letzten Tag vor den Osterferien ihre Schulen bestreikten und in einem großen Demozug den Münchener Norden durchstreiften, um schließlich um 14 Uhr zu der eigentlichen Demo gegen Studiengebühren und Büchergeld, zu stoßen, die federführend vom AStA der GSU organisiert wurde. Zu dieser Demo hatte ein breites Bündnis von Studierendenvertretungen, Gewerkschaften, SchülerInnen sowie weiteren politischen Organisationen aus ganz Bayern aufgerufen. Trotz der Semesterferien konnten somit um die 5000 TeilnehmerInnen mobilisiert und die Münchener Innenstadt im Berufsverkehr halbwegs lahmgelegt werden. Der AStA der GSU wertet diese Zahl als großen Erfolg, selbst der CSU-hörige Bayerische Rundfunk titelt: „Massendemo für kostenlose Bildung – Auftakt zu bundesweiten Protesten?“

Die nächsten Demos sind bereits in Planung: am 21.4.2005 erneut in München sowie am 28.4. in Erlangen; bayernweit natürlich auch am 1. Mai.

www.stuve.uni-muenchen.de, www.uebergebuhr.de



7. April: Bildungsdemo in Dresden

DRESDEN. Die sächsische Staatsregierung beabsichtigt, allein in den nächsten beiden Jahren 4.739 Lehrerstellen abzubauen. Ein solcher Abbau führt zu Zwangsteilzeit und damit zu einer entscheidenden Verschlechterung der Unterrichtsversorgung. Schon jetzt fällt wöchentlich 10,1% Unterricht an Förderschulen, 7,5% an berufsbildenden Schulen, 4,2% an Mittelschulen, 4% an Gymnasien und 1,7% an Grundschulen aus. Bei einem noch höheren Unterrichtsausfall werden zukünftig sowohl die Anerkennung des sächsischen Abiturs als auch des Realschulabschlusses in Frage gestellt sein.

Der Sächsische Lehrerverband, die Lehrerverbände im sbb beamtenbund und tarifunion rufen deshalb gemeinsam mit der GEW Eltern, Schüler und Lehrer zur Demonstration am 7.4. auf.

www.zukunftbrauchtchule.de

Schülerdemo in Bremerhaven

BREMERHAVEN. Am 17.3.2005 fand in Bremerhaven eine Demo gegen Studiengebühren von etwa 300 Schülern und Studenten statt. Die Demo war zwar sehr klein und es kamen weniger Studenten als erwartet. Die geringe Teilnehmerzahl lag unter anderem auch daran, dass die Rektoren einiger Schulen ihren Schülern die Teilnahme an der Demo verwehrten, bzw. mit Fehlstunden drohten. Trotz der zunächst eher geringen Zahl zog die Demo dann um 10 Uhr 15 in Richtung Innenstadt und Große Kirche los. Dabei schlossen sich immer wieder kleine Schülergruppchen der Demonstration an. Die Demo war für Bremerhavener Verhältnisse überraschend laut. Es gab immer wieder Paro-

len wie „Wir sind hier und wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut“, „Bildung für alle – und zwar umsonst“, „Wir marschieren um zu studieren“. Bei der Großen Kirche angekommen wurde ein großer Sarg aufgestellt, in dem die Bildung ihren Todesschlaf hält. Es gab zwei Reden, eine von einem Mitglied des AStA, die andere von einem Mitglied der Schülervertretung der Scholl.

www.de.indymedia.org

Schulbesetzung in Oldenburg

OLDENBURG. SchülerInnen verschiedener Oldenburger Schulen haben am 15.3.2005 bis zum Mittag die IGS Heleine-Lange-Schule besetzt, um gegen die gegenwärtige Bildungspolitik der CDU/FDP-Landesregierung zu protestieren. Statt normalem (Frontal-)Unterricht gab es selbstorganisiertes Lernen in Form von Workshops und Arbeitsgruppen – rund 50 AGs in zwei Leisten bedienten verschiedenste Themen: Theater, Trommeln, Jonglieren, verschiedene Sportarten, Tanzen und Gesellschaftsspiele gab es ebenso wie politische Workshops zu Umweltschutz, Bildungspolitik und Sozialer Selektion, Antirassismus und Asylpolitik, Kommunismus und marxistischer Kapitalismuskritik, Drogenpolitik und Selbstorganisation von SchülerInnen. In zwei Filmräumen wurden politische Spielfilme und Dokumentationen gezeigt, nahezu alle Workshops berichten von reger Beteiligung und konroverser Diskussion. Auch für die ziemlich überraschten und teilweise ablehnenden Lehrer gab es eine leider nur schwach genutzte AG. Insgesamt wurde die Aktion gerade auf Grund des organisatorischen Aufwands und der Unsicherheit des Verhaltens von Lehrer- und Schüle-

rInnen (das Ganze war vollkommen unangekündigt) als großer Erfolg gewertet, viele SchülerInnen wurden zum Nachdenken über Bildungs- und Allgemeinpolitik, Probleme und etwaige Alternativen angeregt. www.usb-ol.tk

Lichterkette gegen Unikürzungen

GREIFSWALD. Am 16.3.2005 demonstrierten trotz Regen und Kälte über 700 Personen gegen die von der Landesregierung vorgegebenen Stellenkürzungen im Hochschulbereich sowie die Politik der beiden Universitätsrektoren Westermann und Wendel. Studierende und Mitarbeiter der Universität, aber auch zahlreiche Bürgerinnen und Bürger der Hansestadt Greifswald und der Region Vorpommern, bildeten zwischen dem Hauptgebäude der Universität und dem Rathaus eine 800 Meter lange Menschenkette. Unter den Protestierenden befanden sich Vertreter aller Bürgergesellschaftsparteien, des Unternehmerverbandes, Senatoren, Dekane und Vertreter des Personalrates der Universität. Zum Abschluss appellierte der Oberbürgermeister der Stadt, Dr. Arthur König, an die Bürger der Stadt, sich auch weiterhin für die Belange der Universität einzusetzen und die Studierenden in ihrem Protest zu unterstützen.

Der Leiter der studentischen Protestgruppe, Christian Bätz, äußerte sich erfreut über die rege Teilnahme und erinnerte: „Die heutige Veranstaltung allein reicht nicht aus, um Schwerin aufzuzeigen, welche wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung die Universität Greifswald für die Region Vorpommern hat. Wir wünschen uns auch für die Aktionen der folgenden Tage und Wochen tatkräftige Unterstützung.“

www.likedeeler-online.de

Erklärung der DGB-Bezirksvorsitzenden gegen Studiengebühren

BERLIN. In der umfangreichen gemeinsamen Erklärung aller 12 DGB-Bezirke vom 11.3.2005 heißt es: „Die DGB-Bezirksvorsitzenden setzen sich für das uneingeschränkte Recht auf Bildung und für den gleichberechtigten Zugang aller Studierenden zu den Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland ein. Deshalb lehnen wir die Einführung von Studiengebühren ab und fordern die Landesregierungen der deutschen Länder auf, keine Studiengebühren einzuführen ... Mit der Einführung von Studiengebühren wird der Einfluss anonymer Marktprozesse auf das Bildungssystem verstärkt. Marktprinzipien sind zur Steuerung eines Bildungssystems denkbar ungeeignet, da sie permanent Ungleichheit erzeugen. Eine unabhängige Forschung und Lehre im allgemeinen gesellschaftlichen Interesse sowie gleiche Bildungschancen sind damit nicht zu erreichen. Für Kultur- und Sozialwissenschaften und kritisches Denken bestände nur noch schwerlich ein Markt, falls diese Disziplinen als ‚unwirtschaftlich‘ nicht gleich in den Hochschulen abgewickelt würden. Internationale Vergleiche zeigen außerdem, dass nicht die marktmäßige Steuerung des Bildungssystems gesellschaftlich die besten Ergebnisse erzielt, sondern das öffentlich finanzierte. Die Behauptung, Studiengebühren seien eine Voraussetzung für internationale Konkurrenzfähigkeit ist falsch. In Finnland wurde 1997 die generelle Gebührenfreiheit festgeschrieben. Gleichzeitig gibt es eine breite öffentliche Finanzierung der Studierenden. Eine hohe Studierendenquote ist die Folge. Auch diese Tatsache zeigt die Erfolge der finnischen Bildungspolitik, die seit PISA wohl unbestritten sind.“ www.nrw.dgb.de

Broschüre über Schulpflicht und Schulrecht von Flüchtlingskindern

OSNABRÜCK. Seit der Landtag von Nordrhein-Westfalen am 27. Januar 2005 ein neues Schulgesetz verabschiedet hat, gibt es in Deutschland noch sieben Bundesländer, in denen Flüchtlingskinder mit unsicherem Aufenthaltsstatus von der Schulpflicht ausgeschlossen werden. Terre des hommes sieht keinen Grund für die Ungleichbehandlung dieser Kinder und Jugendlichen in Bezug auf ihre Bildungsrechte. Das Kinderhilfswerk hat deshalb eine juristische Expertise in Auftrag gegeben, die die relevanten Gesetzeswerke, die juristische Grundlage der Schulpflicht/des Schulrechts in den einzelnen Bundesländern und die Argumente für eine Einbeziehung aller in Deutschland lebenden Kinder in die allgemeine Schulpflicht zusammenträgt:

Björn Hermeding: „Wir bleiben drau-

ßen“ – Schulpflicht und Schulrecht von Flüchtlingskindern in Deutschland. Februar 2005, 80 S., kostenlos zu bestellen bei terre des hommes, Ruppenkampstraße 11a, 49084 Osnabrück, Telefon: 0541/7101-0, Fax: 0541/7072-33, E-Mail: info@tdh.de, Bestell-Nr. 301.1322.00 oder auf der Homepage www.tdh.de als PDF zum Download.

9. April: Gegen den Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche

POTSDAM. Unter dem Motto „Gegen Geschichtsrevisionismus – Deutsche Täter sind keine Opfer! Nie wieder Krieg – nie wieder Preußen – nie wieder Faschismus!“ rufen antifaschistische Gruppen am 9. April zur Demonstration auf. In ihrem Flugblatt heißt es: „In Potsdam herrscht nun schon seit Jahren ein zähes Ringen um den Wiederaufbau der Garnisonkirche. Als größte Geldgeberin tritt die rechtskonservative ‚Traditionsgemeinschaft Potsdamer Glockenspiel‘ (TPG) auf, die im Wesentlichen aus deutschnational gesinnten Bundeswehroffizieren besteht. Diese verfolgen das Ziel, die Kirche als Symbol für Preußen auferstehen zu lassen – mit allem was dazu gehört... Interessant ist, welches Engagement die Ev. Kirche und die Stadt Potsdam inzwischen – auch finanziell – in den Wiederaufbau stecken. Was mit den Hirngespinnsten einiger Rechtsextremer, Deutschnationaler und Militaristen begann, ist mittlerweile zu einem ‚Projekt der Mitte‘ geworden. Die TPG hat erfolgreich heimliche wie sich offene bekennende Anhänger des Preußentums aktivieren können. Dass hier lediglich schlafende Hunde geweckt wurden, wird daran deutlich, dass zum Jahrestag der Bombardierung Potsdams der Grundstein dieses preußischen Symbols gelegt werden soll. Wer auf solch eine Idee kommt, hat ein zweifelhaftes, aber wohl doch ein sehr ausgeprägtes Geschichtsbewusstsein. Dieses Phänomen ist Teil eines Diskurses um die Opfer des 2. Weltkriegs, an dessen Ende Täter allzu leicht zu Opfern werden und die Zerstörung symbolischer Orte des Nationalsozialismus zu Unrecht wird. Dieser Diskurs wurde und wird von Teilen der CDU, von den Vertriebenenverbänden und von Rechtsextremisten vorangetrieben und ist inzwischen bei der Ev. Kirche, Sozialdemokraten und den Bündnisgrünen angekommen ... Unsere Kontinuität ist eine antifaschistische Politik, die sich neuen rechtsextremen, preußischen und ‚großdeutschen‘ Umtrieben entschieden entgegenstellt. Deutsche Täter sind kei-

ne Opfer und der Wiederaufbau der Garnisonkirche ist kein Akt der Versöhnung. Deshalb muss der Wiederaufbau der Garnisonkirche mit allen Mitteln verhindert werden.“ www.infort.de

Erneut sorbische Straßennamen mit Hakenkreuzen übersprüht

KLEINWELKA (Sachsen). Bei Straßenschildern in Kleinwelka waren jetzt wieder – wie schon im Juli vergangenen Jahres – die sorbischen Namen auf den zweisprachigen Schildern geschwärzt und mit Hakenkreuzen beschmiert. Bautzener Kripo-Beamte und der sächsische Staatsschutz ermitteln. Auch wegen Volksverhetzung und dem Verwenden verfassungswidriger Kennzeichen. Im vergangenen Jahr hatte die Polizei die übermalten Schilder noch als Sachbeschädigung eingestuft. Die Täter blieben unerkannt. Die Schilder sind mittlerweile wieder in Sorbisch und Deutsch lesbar. Gleich nach Bekanntwerden hatte das Bautzener Rathaus eine Firma beauftragt, die Farbe abzulösen. Für den sorbischen Schriftsteller Jurij Brezan kommen die erneuten anti-sorbischen Schmierereien nicht von ungefähr. „Welche Schule im zweisprachigen Gebiet lehrt ihre Schüler, dass die Sorben das Land urbar gemacht haben und hier nicht soeben noch geduldete Untermieter sind? Denn nach den Sorben kommen andere an die Reihe, und: Wenn die Regierung die einzige Mittelschule wegstreicht, was – so könnten Jugendliche denken – kann dabei so falsch sein, sorbische Aufschriften wegzustreichen? Ein paar Schmierer zu bestrafen – wenn man sie denn fasst – ist die eine Sache. Die andere ist, Normalität nicht nur in Sonntagsreden, sondern im normalen Alltag zu schaffen.“ <http://lola.d-a-s-h.org>

Internationale Konferenz: NS-Opfer entschädigen, NS-Täter bestrafen

BERLIN. Auch 60 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus am 8. Mai 1945 sind zahlreiche NS-Opfer ohne jede Entschädigung geblieben. Tausende NS-Täter mussten nie eine strafrechtliche Verurteilung fürchten. Schadenersatz für alle NS-Opfer und Strafverfolgung aller NS-Täter durch die Bundesrepublik Deutschland sind daher die zentralen Forderungen einer internationalen Konferenz, zu der der ReferentInnenrat der Humboldt-Universität vom 9. bis 10. April 2005 zusammen mit rund 30 Unterstützern nach Berlin einlädt. Ziel ist auch die Schaffung einer Plattform und Vernetzung. www.ns-opfer-entschaedigen.org
Zusammenstellung: baf

Hartz IV: Umsetzungs-Probleme auch bei Organisat

STUTTGART. Bei der Beschlussfassung des Gemeinderates über die Einrichtung des Job Centers, der Arbeitsgemeinschaft zwischen der Stadt Stuttgart und der Agentur für Arbeit in Form einer Körperschaft öffentlichen Rechts, hat der Finanzbürgermeister Föll noch ziemlich große Töne produziert. Was nun stimmt ist, dass durch diese Rechtskonstruktion der Gemeinderat auf die Arbeit Einfluss nehmen kann. Was nicht stimmt ist, dass durch die Stuttgarter Rechtsstruktur der Ablauf gut beherrschbar sei, dass die Finanzen eher zugunsten der Stadt aufgehen und dass durch den Einsatz der städtischen Beschäftigten der Übergang in die neue gesetzliche Regelung einfach(er) sei. Der erste Bericht des städtischen Geschäftsführers des Job Centers, Peeß, zeigte auch für Stuttgart, und damit für die Betroffenen, große Probleme auf. Interessant ist, dass Herr Föll, der die Vorbereitung der Arbeitsgemeinschaft an sich gezogen hatte, nicht zu der Dis-

kussion des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 14. März kam und die Arbeit nun wieder der zuständigen Bürgermeisterin Müller-Trimbusch überlässt.

Deren Beschreibung der Probleme, bei der Einführung eines neuen Systems sei es normal, „dass es am Anfang knirscht“, ist allerdings ziemlich beschönigend. Tatsächlich hat die Arbeitsagentur noch immer nicht alle Stellen besetzt. Die Programme und die Einarbeitung der Beschäftigten in die Programme der Arbeitsagentur bereiten nach wie vor Probleme und Engpässe. Die Beschaffung von Material und Entscheidungen sind von der Bundesagentur bürokratisch-zentralistisch geregelt und erfolgen daher sehr schleppend. Die Stellen im Empfangsbereich der Zweigstellen, wo den Antragstellenden nur gesagt wird, wohin sie sich zu wenden haben, werden auf den Personalschlüssel für die Beratung angerechnet. Ein „Leistungsgewährer“

muss sich daher statt um 150 Fälle wie geplant tatsächlich um 250 bis 280 Fälle kümmern. Bisher hat es das Job Center nicht geschafft, alle Leistungsanträge zeitnah zu bearbeiten, obwohl dafür alle Kräfte eingesetzt wurden. Die Stadtverwaltung hat sich auch getäuscht in der Zahl der Anträge. Es waren schon im Vorfeld bis Ende 2004 etwa zwei- bis dreitausend mehr als erwartet. Im neuen Jahr kamen monatlich 1.200 dazu, etwa 400 schieden aus. Wenn diese Tendenz weiter anhält, sind alle Vorausberechnungen falsch. Die Folge dieser Umstände ist, dass bisher bis auf Einzelfälle keine Beratungen stattfanden, keine Arbeitsgelegenheiten angeboten wurden und vor allem für die U25, die Arbeitsuchenden unter 25 Jahren keine Angebote gemacht wurden. Einziger Lichtblick ist, dass die schon lange arbeitenden städtischen Projekte wie z.B. die Neue Arbeit weiterarbeiten.

Daher nannte selbst die CDU-Stadträtin Metke die Lage katastrophal. Die

5. bundesweites Treffen der Sozialen Bewegung beschließt Vorbereitung ein

GÖTTINGEN. Auf dem 5. bundesweiten Treffen der Sozialbündnisse, Organisatoren der Montagsdemonstrationen, Organisationen der sozialen Bewegung und von Vertretern der Gewerkschaften am 12. März 2005 in Göttingen, an dem ca. 80 Vertreter aus 30 Städten teilnahmen, wurde ein 8 Punkte umfassender Forderungskatalog an den Gesetzgeber zur Sicherung des Lebensunterhaltes der Erwerbslosen mit überwältigender Mehrheit beschlossen.

Mit den geforderten SOFORT-Maßnahmen sollen die schlimmsten Auswirkungen der Hartz-IV-Gesetzgebung gestoppt werden. Eine der zentralen Forderungen ist die deutliche Anhebung des Regelsatzes, welcher nach Ansicht der versammelten Vertreter der einzelnen Organisationen derzeit für ein menschenwürdiges Auskommen nicht ausreicht.

Zur Durchsetzung der Forderungen wird eine gemeinsame Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der bundesweiten Kampagne für Sofortmaßnahmen gebildet.

Das 6. bundesweite Treffen der Sozialbündnisse, Organisatoren der Montagsdemonstrationen, Organisationen der sozialen Bewegung und Vertreter der Gewerkschaften findet am 7. Mai 2005 statt.

SOFORT-Maßnahmen gegen die schlimmsten Auswirkungen von Hartz IV

Für ein Gesetzgebungsverfahren zur Sicherung des Lebensunterhaltes der Erwerbslosen

Wir meinen nicht nur, sondern wir erleben seit dem 1. Januar 2005 wie der soziale Frieden in der Bundesrepublik durch die von SPD / Grüne / CDU / CSU / FDP beschlossene „Hartz-IV-Gesetzgebung“ weiter zerstört wird. Diese Gesetzgebung stürzt Millionen unverschuldet in Armut. Einige haben sich deshalb in den letzten Wochen das Leben genommen. Wir fordern die Bundesregierung, die Fraktionen des Deutschen Bundestages und den Bundesrat daher dringendst auf, ein Gesetzgebungsverfahren einzuleiten, welches den im folgenden genannten Forderungen der Erwerbslosen Rechnung trägt:

1. Die sofortige Erhöhung des Regelsatzes auf 634 Euro ist für ein menschenwürdiges Leben unabdingbar notwendig.
2. Es darf keine Anrechnung der Leistungen für Kinder wie Kindergeld und Unterhalt auf die Regelsätze für den Lebensunterhalt der Erwachsenen erfolgen.
3. Es darf keine Anrechnung des Einkommens von Partnern oder Verwand-

ten auf die Regelsätze der Erwerbslosen erfolgen.

4. Die Möglichkeit der Pflichtversicherung in der gesetzlichen Krankenkasse und der Pflegeversicherung für alle Erwerbslosen muss hergestellt werden.

5. Die Wiederherstellung der bis 1998 gültigen Regelungen für die Berechnung der künftigen Rente der ALG-II-Empfänger ist unerlässlich.

6. Schluss mit dem Annahmeweg von untertariflich bezahlter Arbeit!

7. Schluss mit der Erbenhaftung!

8. Schluss mit den Sanktionen gegen Erwerbslose durch die Mitarbeiter der Agentur für Arbeit und Rechtssicherheit sowie Offenlegung der Dienstabweisungen für den Umgang der Mitarbeiter der Agentur für Arbeit mit den Erwerbslosen.

Zur Durchsetzung der Forderungen wird unter Verantwortung der beiden Koordinierungsstellen in Berlin, vertreten durch Roland Klautke und Leipzig, vertreten durch Thomas Rudolph sowie des Vorsitzenden des Bundeserwerbslosenausschusses von ver.di Peter Heller eine gemeinsame Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der bundesweiten Kampagne für Sofortmaßnahmen gebildet. Göttingen, den 12. März 2005

www.soziale-bewegung.de

Beschluss des 5. bundesweiten Treffens der Sozialbündnisse, Organisatoren der Montagsdemonstrationen, Organisationen der sozialen Bewegung und von Vertretern der Gewerkschaften

tionsform „Körperschaft öffentlichen Rechts“

SPD wehrte sich gegen den Vorschlag, für die Beratung Geld aus dem Topf zu nehmen, der für Eingliederungsleistungen für Arbeitsuchende vorgesehen ist. Auf die Frage nach dem Recht aller Antragstellenden auf Beratung und Qualifizierung und vor allem das Recht der U25 sofort eine Ausbildung, ein Praktikum oder eine Arbeitsgelegenheit zu erhalten, gab es nur die Versicherung, wenn der Berg der Anträge abgearbeitet sei, werde das alles kommen. Aber davor müsse auch noch die Qualifizierung der Berater stattfinden. Die städtischen Beschäftigten müssten Berufs-kunde und Qualifizierungswege lernen, die Agenturbeschäftigten seien bislang extrem spezialisiert ausgebildet, und alle müssten in der EDV weiterqualifiziert werden.

Immerhin beschloss der Ausschuss, für ein Jahr befristet 13 neuen Stellen in den Job Centern zu schaffen. Diese Beschäftigten sollen den liegengebliebenen Berg von BSJG-Altfällen (insbe-



Bewerbungstraining für Jugendliche – zur Zeit nicht im Angebot des Jobcenters.

sondere Gewährung von Hilfe zum Lebensunterhalt) abarbeiten. Trotzdem wird es in Stuttgart noch einige Zeit dauern, bis die Antragsteller umfassend und optimal beraten werden, bis Eingliederungsmaßnahmen nennenswert anlaufen. Vor allem für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist das eine Katastrophe, denn die verlorene Zeit

wird sich auf ihren ganzen weiteren Berufsweg negativ auswirken.

Zu den Finanzen enthielt der Bericht von Herrn Peeß kein Wort. Allerdings erklärte er auf Nachfrage der PDS, dass z.B. für die Unterkunftskosten bisher von der Stadt jährlich 69 Mio. im Rahmen der Sozialhilfe aufgebracht wurden. Seit 1.1.2005 fallen monatlich ca. 5

Der bundesweiten Kampagne zur Erhöhung des Regelsatzes für Erwerbslose

Vorschläge für Forderungen an die Kommunen gegen die finanziell existenzgefährdende Lage der Erwerbslosen

Wir fordern von Gemeinden, Städten und (Land-)Kreisen, dass sie ihrer grundgesetzlichen Verpflichtung zur Wahrung der Menschenwürde wieder nachkommen, und wir erwarten, dass die Gemeinden, Städte und (Land-) Kreise sich auf der kommunalen Ebene für die Umsetzung der folgenden Forderungen einsetzen, um die finanziell existenzgefährdende Lage der ALG-II-Empfänger, Sozialgeldempfänger und derer die aus dem Leistungsspektrum von Arbeitslosengeld II herausgefallen sind, umgehend wenigstens geringfügig zu lindern:

1. Die Gemeinde/Stadt bzw. der (Land-)Kreis ... übernimmt dauerhaft die vollen Mietkosten, ungeachtet der Wohnungsgröße und erklärt damit ihren Verzicht auf jegliche Zwangsumzüge von Arbeitslosengeld-II-Empfängern.
2. Die Gemeinde/Stadt bzw. der (Land-)Kreis ... übernimmt die vollen Heiz-, Warmwasser- und pauschalisierten Stromkosten sowie die Grundgebühr für einen Telefonanschluß der Arbeitslosengeld-II-Empfänger.
3. Die Gemeinde/Stadt bzw. der

(Land-)Kreis ... übernimmt die Kosten für die Krankenversicherung für die Menschen, die aus dem Leistungsspektrum von Arbeitslosengeld II herausgefallen, nicht familienversichert und demnach nicht mehr krankenversichert sind.

4. Die Gemeinde/Stadt bzw. der (Land-)Kreis... weist alle kommunalen Einrichtungen an, keine sogenannten „Ein-Euro-Jobs“ anzubieten. Sie blockiert in allen Betrieben mit kommunaler Beteiligung die Einführung dieser Billigjobs. Sie fordert die freien Träger auf, keine sogenannten „Ein-Euro-Jobs“ anzubieten. Freie Träger erhalten keine über die Pflichtleistungen hinausgehende kommunale Förderung mehr, wenn sie diese Billigjobs einführen.

5. Die Gemeinde/Stadt bzw. der (Land-)Kreis ... fordert die ARGE auf, keine Arbeitslosengeld-II-Empfänger anzuweisen, einen sogenannten „Ein-Euro-Job“ anzunehmen.

6. Die Gemeinde/Stadt bzw. der (Land-)Kreis ... handelt mit den kommunalen Verkehrsbetrieben ein Sozialticket für den öffentlichen Personennahverkehr aus, dessen Kosten für die Erwerbslosen und deren Kinder 50 % des vollen Preises nicht überschreitet.

7. Die Gemeinde/Stadt bzw. der (Land-)Kreis ... beschließt, Erwerbslosen künftig den kostenfreien Besuch der Bibliotheken und Museen sowie

den Kindern der Erwerbslosen den kostenfreien Besuch der jugendhilflichen und soziokulturellen Einrichtungen der Kommune und ihrer freien Träger zu ermöglichen.

8. Die Gemeinde/Stadt bzw. der (Land-)Kreis ... beschließt, den Besuch aller anderen Kultur- Bildungs- und Freizeiteinrichtungen der Kommune für die Erwerbslosen um mindestens 75% zu ermäßigen.

9. Die Gemeinde/Stadt bzw. der (Land-)Kreis ... beschließt, die Kosten der Erwerbslosen für Lehrmittel und Schulbedarf ihrer Kinder durch das zuständige Schulamt zurückzuerstatten.

10. Die Gemeinde/Stadt bzw. der (Land-)Kreis ... beschließt, eine kostenfreie Schulspeisung für die schulpflichtigen Kinder der Erwerbslosen zu ermöglichen.

11. Die Gemeinde/Stadt bzw. der (Land-)Kreis ... beschließt, Nachforderungen aus der Jahresendabrechnung der Mietnebenkosten zu übernehmen.

12. Die Gemeinde/Stadt bzw. der (Land-)Kreis ... beschließt, Nachforderungen aus der Jahresendabrechnung der Energiekosten zu übernehmen.

Göttingen, den 12. März 2005
www.soziale-bewegung.de

Beschluss des 5. bundesweiten Treffens der Sozialbündnisse, Organisatoren der Montagsdemonstrationen, Organisationen der sozialen Bewegung und von Vertretern der Gewerkschaften

➔ Mio. Euro an, ergibt hochgerechnet 60 Mio. pro Jahr. Mit einer Ersparnis, die für den Ausbau der Kinderbetreuung aufgewendet werden könnte, wie es die Bundesregierung versprochen hatte, wird es also nicht viel werden. Daher bemüht sich die Stadt, diese Kosten zu drücken.

Auf die PDS-Frage, wie viele Widersprüche zu Leistungsbescheiden es bisher gegeben hat und wie dann die Einigung erfolgt ist, antwortete Peeß, es habe 700 bis 800 Widersprüche gegeben, von denen bisher vier bis fünf zu Klagen bei Gericht geführt hätten.

„Angemessene“ Wohnungskosten

Das war der zweite Beratungspunkt im Zusammenhang der Hartz-Umsetzung im Sozial- und Gesundheitsausschuss. Die Bürgermeisterin Müller-Trimbusch erklärte, diese Beschlussvorlage sei nur gemacht worden, um der Panikmache interessierter Kreise entgegenzutreten, die bei den Betroffenen die Angst schürten, die Stadt wolle sie brachial aus ihren Wohnungen drängen. In der Vorlage wird festgehalten, dass Empfänger von Leistungen nach Sozialgesetzbuch II wie bisher schon die Empfänger von Leistungen nach Sozialgesetzbuch XII behandelt werden. Das heißt, als „angemessen“ – und daher von der Stadt zu bezahlen – werden Mieten anerkannt, die sich im Rahmen eines Durchschnittswerts der unteren Qualitätsgruppen des Mietspiegels bewegen und auf die Personenzahl im Haushalt zugeschnitten ist. Dieser Durchschnittswert liegt niedriger als der Durchschnittsbetrag über den gesamten Mietspiegel. Gegen den Einwand von Seiten der PDS, dass damit möglicherweise eine Ungleichbehandlung von Leistungsempfängern gegenüber der Gesamtbevölkerung stattfinde, antwortete Müller-Trimbusch, das Verfahren der Verwaltung sei durch zahlreiche Gerichtsurteile abgesegnet.

Das Hauptproblem ist allerdings, dass durch die Regelungen der Hartz-Gesetze der Druck entsteht, nach einem halben Jahr Bezug von ALG II aus der angestammten Wohnung auszuziehen. Die Stadtverwaltung beteuerte, behutsam vorzugehen. Die Leute sollten bei der Suche unterstützt werden und die Kosten für Inserate und Makler will die Stadt übernehmen. Wenn die Vermittelbarkeit auf dem Arbeitsmarkt durch einen Umzug verschlechtert werde, werde kein Zwang ausgeübt. So sei es in Stuttgart nicht denkbar, dass jemand in einen Ort ziehen müsse, wo die öffentlichen Verkehrsmittel für den Arbeitsweg nicht vorhanden sind (wie es z.B. in Ludwigsburg mit Verweis auf einen Ort im Rems-Murr-Kreis geschehen sei).

Auch in dieser Frage wird es im Einzelfall wieder darauf ankommen, notfalls den Klageweg zu nehmen.

(ulk)

Schleswig-Holstein – Nach Wahldebakel

Verfahrenere Lage bei Verhandlungen für eine Große Koalition

KIEL. Als auch nach dem vierten Wahlgang im Landtag am 17. März Ministerpräsidentin Simonis nicht die erforderliche Mehrheit von einer Stimme erhielt, johlte ein völlig enthemmter Unions-Block wie ein Stammtisch, dem der Wirt kurz vor der Sperrstunde noch eine Lokrunde spendiert hat. An der Hämle lässt sich ablesen, wie zur Zeit das Verhältnis zwischen den beiden möglicherweise zukünftigen Koalitionspartnern steht. Dabei ist die Verwirrung über den „Abweichler“ in der SPD komplett. Die Mutmaßungen gehen von persönlicher Rache an Heide Simonis über „geistig verwirrten Einzeltäter“ bis zu Bestechung durch den politischen Gegner. Während sich die Attacken bei dem anvisierten Modell der rot-grünen Minderheitsregierung, toleriert durch den SSW, in erster Linie auf dessen beide Abgeordnete richteten, befand sich die SPD offenbar in einer Position der Selbsttäuschung. Noch zwei Tage vor der Abstimmungsniederlage blieb eine große Gruppe Delegierter dem Parteitag fern, um den Tolerierungsvertrag nicht mittragen zu müssen. Nur deshalb gab es dort ein einstimmiges Votum. Es handelt sich wohl mehr um einen „objektiven Gegner“ als um einen „Verräter“. In der Woche vor der Landtagssitzung gab es zwei Demonstrationen für eine große Koalition in der Landeshauptstadt.

Im Mittelpunkt der Verdächtigungen, aufbereitet durch das Magazin „Focus“, befindet sich derweil Finanzminister Stegner. „Das ist glatter Rufmord.“ sagte der Minister, der aufgrund der Spekulationen mit Schmähbriefen und Drohungen überschüttet wurde. Es gehe der CDU offenbar darum, das Führungspersonal der Sozialdemokraten zu „zerschießen, um die SPD zum Discountpreis zu bekommen“. Carstensen hatte vor Beginn der Sondierungsgespräche angekündigt, dass Stegner in seiner Regierung nicht mehr Finanzminister sein werde. Der Kandidat der CDU für den Finanzministerposten ist der Unions-Haushaltsexperte Dietrich Austermann.

SPD-Landeschef Claus Möller will einer großen Koalition nicht um jeden Preis zustimmen. „Es kann eine Situation geben, in der sich die SPD am Ende so verbiegen muss“, dass am Ende ein Nein steht, sagte er dem „Flensburger

Tageblatt“. Ziel müsse ein „fairer Kompromiss“ sein.

Allerdings ist die Lage der SPD völlig festgefahren. Der Rückweg ist abgeschnitten. Der SSW hat verärgert jegliche weitere Gespräche abgelehnt. Die Grünen sind schon dabei, ihre Sachen zu packen, und die FDP lehnt ebenfalls Koalitionsgespräche mit Rot-Grün ab. Auf der anderen Seite müssen sich Sozialdemokraten, die sich jetzt in den Verhandlungen mit der CDU zu weit vorwagen, dem Verdacht aussetzen, sich der Stimme enthalten zu haben.

Carstensen versucht die verfahrenere Lage der SPD weiter auszureizen und hat eine Frist zur Bildung einer großen Koalition gesetzt. „Die Gespräche müssen spätestens am Donnerstag beginnen und im April abgeschlossen sein“, sagte er der „Bild-Zeitung“. Die Sozialdemokraten müssten nach der gescheiterten Ministerpräsidentenwahl künftig „kleinere Brötchen backen“. Die Preise hätten sich verschoben. Ein Klima und ein Zeitdruck, der „Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe“ unmöglich macht. In diesem Kalkül steht auch die Drohung von Neuwahlen, die für die SPD ein völliges Desaster wären.

Das Wahldebakel und die ungünstigen Bedingungen der Koalitionsgespräche in Schleswig-Holstein entfalten eine Sogwirkung, der sich SPD und Grüne in Berlin immer weniger entziehen können. Zwar erteilten am Wochenende sowohl Merkel und Stoiber als auch Müntefering einer großen Koalition auf Bundesebene eine klare Absage. Sie könne „kein Wahlziel sein“, sagte Merkel. Aber CDU und CSU kommt die Diskussion über eine große Koalition nicht ungelegen. Sie sät Misstrauen bei den Grünen und Zwist in der rot-grünen Koalition. Der Streit zwischen den Parteivorsitzenden von SPD und Grünen scheint das zu bestätigen. Das Misstrauen der Grünen ist auch nicht unbegründet. Spätestens wenn die Landtagswahlen in NRW verloren gehen und die letzte rot-grüne Bastion in den Ländern fallen sollte, wird sich die Bundes-SPD fragen, ob sie mit den Grünen weitermachen will, als sei nichts passiert, oder auf die Union zuorientiert.

rua

Süddeutsche Zeitung, 19.3.05; Kieler Nachrichten, FAZ, Spiegel-online, 21.3.05

Bei Aufsichtsratssitzungen kommunaler GmbHs ist auch ein öffentlicher Teil möglich!

REGENSBURG. Die Vorgeschichte: Die Passauer ÖDP forderte in einem Bürgerbegehren mit dem Titel „Mehr Bürgerbeteiligung statt geheime Rathauspolitik“, dass die Verschwiegenheitspflicht in den nichtöffentlich tagenden Aufsichtsgremien der städtischen GmbHs aufgehoben wird. Obwohl das Unterschriftenquorum erreicht wurde, verweigerte der Stadtrat die Zulassung des Begehrens. Dagegen klagte die Partei – und bekam Anfang Februar vor dem Verwaltungsgericht Regensburg Recht. Dagegen wird die Stadt Passau Berufung einlegen (Passauer Neue Presse vom 15.3.05). Hier ein kurzer Einblick ins Urteil: Das VG Regensburg hat in seinem Urteil vom 2. Feb. 2005 (Az. RN 3 K 04.1408) ein Bürgerbegehren für zulässig erklärt, das neben den nichtöffentlichen auch öffentliche Aufsichtsratssitzungen fordert. Das Gericht legt ausdrücklich dar, dass dies bei kommunalen GmbHs unterhalb 500 Beschäftigter analog den Regelungen für kommunale Ausschüsse zulässig ist. Wörtlich heißt es im mündlichen Urteil: „Erfreulicherweise bietet das GmbH-Recht aber genügend Spielräume, die Gesellschafterverträge so auszugestalten, dass grundlegende Erfordernisse unseres demokratischen Rechtsstaats nicht unter die Räder geraten. Dazu gehören die Transparenz der Entscheidungen, die Kontrolle der Gesellschaftsorgane auch durch die Öffentlichkeit und die Medien und der Respekt vor den mündigen Wahlbürgerinnen und Wahlbürgern.“ Das VG empfiehlt sogar eine klare Trennung zwischen öffentlich und nichtöffentlich von vorneherein zu ziehen, um das einzelne Aufsichtsratsmitglied zu entlasten. So schreibt das VG: „Wenig zweckmäßig erscheint es, jedem Aufsichtsratsmitglied die Entscheidung zu überlassen, ob er oder sie einen TOP für geheimhaltungspflichtig hält. Das wäre riskant, bei unzutreffender Einschätzung drohen Schadensersatzansprüche der GmbH oder sogar die Strafbarkeit. Im Gesellschaftsvertrag kann bestimmt werden, welches Organ festlegt, welche Tagesordnungspunkte wie lange der Verschwiegenheit unterliegen. Insoweit hat der Stadtrat einen Gestaltungsspielraum. Beispielsweise könnte im Gesellschaftervertrag sinngemäß bestimmt werden, dass der Aufsichtsratsvorsitzende über die Geheimhaltungsbedürftigkeit der Tagesordnungspunkte entscheidet, solange und soweit der Aufsichtsrat keine gegenteilige Entscheidung trifft.“

Die Auseinandersetzung hat grundlegende Bedeutung. Erst kürzlich legte

die Verwaltung der Stadt Bamberg die gesetzlichen Vorschriften rigoros aus. Sie antwortete auf eine entsprechende Anfrage, dass Aufsichtsratsmitglieder zu absoluter Geheimhaltung verpflichtet seien, nicht einmal ihren Fraktionskollegen dürften sie über Interna der GmbH-Sitzungen berichten. Lediglich der Oberbürgermeister als Aufsichtsratsvorsitzender wäre befugt, Informationen zu veröffentlichen. Inzwischen signalisierten bereits einige Verwaltungen auf erste Anträge in den Räten, dass die Berufung der Stadt Passau abgewartet werden soll www.gribs.net

Keine privatrechtliche Verschwiegenheitspflicht bei Privatisierungen:

FREIBURG. „Öffentliche Angelegenheiten unterliegen grundsätzlich auch in privaten Gesellschaftsformen nicht der Verschwiegenheitspflicht.“ Das ist wohl die Tendenz einer Gerichtsentscheidung des Landgerichtes Freiburg, welches allen politischen Minderheitsfraktionen und „Einzelkämpfern“ die Möglichkeit gibt, sich gegen Mausecheln im politischen Geschäft zur Wehr zu setzen. Im vorliegenden Fall hatte ein Mitglied des Aufsichtsrats einer kommunalen Eigengesellschaft, das eine sachliche Entscheidung in der Öffentlichkeit kritisiert hatte, gerichtlich die Rücknahme einer offiziellen Rüge dieses Gremiums erwirkt. Der Aufsichtsrat hatte sich bei der Rüge auf die Verschwiegenheitspflicht berufen. In der Gerichtsentscheidung heißt es u. a. dazu: „Wird eine Gemeinde im Bereich der unmittelbaren Verwaltungsaufgabe (Verwaltung einer öffentlichen Einrichtung) in Form einer privatrechtlichen Gesellschaft tätig, so kann sie damit doch nicht vollständig ihre öffentlichrechtlichen Bindungen ablegen. Vielmehr gelten nach herrschender Meinung auf jeden Fall weiterhin die Grundrechte und die grundlegenden Bindungen der öffentlichen Gewalt (BGH NJW 1985, 197; Gern, Deutsches Kommunalrecht, 2. A., Rn 181; Maurer, Allgemeines Verwaltungsrecht, 14A, § 3 Rn 9). Damit gilt auch im Bereich des Verwaltungsprivatrechts der Vorbehalt des Gesetzes, der besagt, dass der Hoheitsträger ohne gesetzliche Ermächtigung nicht tätig werden darf. Insbesondere dürfen Sanktionen nicht ohne Rechtsgrundlage ergehen. Diese Bindung kann die Kommune nicht dadurch umgehen, dass sie – wie hier – in Form einer juristischen Person des Privatrechts tätig wird. Dies gilt um so mehr, als die beklagte GmbH zu 100 Prozent im Eigentum der Stadt steht.“ Der gesamte Wortlaut des Urteils vom 8. Dezember 2004 ist dokumentiert in www.meinepolitik.de/keinvers.htm

Zusammenstellung: baf

verdi / Hannover

Landesbeschäftigte streiken für Tarifvertrag öffentlicher Dienst

Nach Abschluss des Tarifvertrages für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes beim Bund und bei den Kommunen vom 9. Februar spitzt sich der Konflikt mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zu.

Nachdem die Länder einseitig und vor Ende der Laufzeiten durch die Kündigung der Tarifverträge das Urlaubsgeld und das Weihnachtsgeld gestrichen sowie die Arbeitszeiten auf 40 bzw. 42 Stunden erhöht hatten, hatte die Gewerkschaft ver.di im letzten Jahr mit der TdL nicht weiter verhandelt. Einige ver.di-Gliederungen hatten dafür plä-



Hannover. Straßenwärter bei der Streikversammlung.

diert, insgesamt die Verhandlungen für den öffentlichen Dienst abubrechen. Letztlich sprach man sich dann doch dafür aus die Gespräche fortzusetzen, um den Flächentarifvertrag öffentlicher Dienst nicht zu gefährden. Einzelne Länder (Berlin, Hessen) hatten bereits ihren Austritt aus der TdL erklärt und es bestand die reale Gefahr, dass weitere Länder und auch Kommunen den Tarifverbund verlassen.

Trotz aller Kritik am neuen Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD) versuchen die Beschäftigten im Landesbereich nun mit Streiks und Aktionen eine Übernahme des TVöD zu erreichen. Sollte das nicht gelingen, besteht die Gefahr, dass die Landesbeschäftigten

→ auf längere Dauer vom übrigen öffentlichen Dienst abgekoppelt werden. Befürchtet wird auch, dass weitere einzelne Paragraphen aus dem BAT gekündigt werden, wie z.B. Urlaubsregelungen und Entgeltfortzahlungen im Krankheitsfall. Außerdem wird es auch keine Verhandlungen über Lohn und Gehalt geben.

Niedersachsens Finanzminister Hartmut Möllring (CDU), Verhandlungsführer für die TdL, fährt eine harte Linie: Er forderte für die Länder Öffnungsklauseln bei Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie bei der Arbeitszeit. ver.di hat die Bundesländer aufgefordert, jetzt in den Tarifverbund des öffentlichen Dienstes zurückzukehren. Eine Einigung zu den von den Ländern geschaffenen schlechteren Bedingungen wird ausgeschlossen. Erste Sondierungsgespräche zwischen TdL und ver.di am 3.3. brachten keine Annäherung. Am 8. April soll weiter verhandelt werden.

Der Tarifabschluss mit den Kommunen und dem Bund hat faktisch die Tür für abweichende Regelungen mit höherer Wochenarbeitszeit in den Ländern zugeschlagen. In einer „Meistbegünstigungsklausel“ haben sich die Arbeitgeber zusichern lassen, dass sie für den Fall einer längeren Arbeitszeitregelung mit den Ländern oder auch nur mit einem Land, etwa einer 40-Stunden-Woche, ebenfalls diese längere Arbeitszeit einführen können. Damit wäre der gerade gefundene Kompromiss wieder hinfällig.

Die TdL muss die bestehende Arbeitszeitregelung oder die mit dem Bund jetzt ausgehandelten 39 Stunden in Ost und West übernehmen, oder es wird keinen Abschluss geben.

In vielfältigen Aktionen gegen die Verweigerungshaltung der Länder haben

München. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte hat eine Dienststelle der Staatsanwaltschaft an einem Warnstreik teilgenommen. Gesetzesbrecher konnten sich aber dennoch nicht freuen. Der einstündige Warnstreik bei der Staatsanwaltschaft München II war Ausdruck des Protestes und der Wut gegenüber dem obersten Dienstherren der Gesetzeshüter. „Die Beschäftigten sind sauer wegen der von Stoiber beabsichtigten Arbeitszeitverlängerung und der geplanten Streichung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes“, so der Münchner ver.di-Geschäftsführer Heinrich Birner. „Dabei haben viele erst zu Jahresbeginn die Ballungsraumzulage von 75 Euro monatlich gestrichen bekommen.“

Im Ballungsraum München legten darüber hinaus die Beschäftigten der Straßenmeisterei Erding für über eine Stunde die Arbeit nieder. Ganztätig weigerten sich die Straßenbauarbeiter der Autobahnmeisterei Freising ihrer Pflicht zur Arbeitsleistung nachzukommen. Auch bei der Autobahnmeisterei ist der Ärger über die Ballungsraumzulage groß. Über die Hälfte der Arbeiter bekam die Zulage für die teuren Lebenshaltungskosten zum Jahresanfang gestrichen. Der Grund: Ihr Wohnort liegt einige Kilometer außerhalb des engeren Verdichtungsraum um München.

Philipp Rößler, FDP: „Die Gewerkschaft ver.di nimmt bewusst in Kauf, dass Menschen auf schneeglatten Straßen verunglücken.“

Der Schwerpunkt der Streiks lag in Niedersachsen. Dort war die Beteiligung mit 4557 Streiktagen und 1312 Warnstreikenden in 117 Betrieben am höchsten. Gestreikt wurde neben den Straßenmeistereien in Behörden und

Landesdienststellen, in Universitäten, Kliniken, Finanzämtern, Schulen und Bibliotheken. Die Mobilisierung der Beschäftigten ist nicht einfach. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist sehr schwach. Vielfach herrscht noch die Meinung „ich bin doch im öffentlichen Dienst, da kann mir nichts passieren“. Hinzu kommt, dass sich die Landesbeschäftigten bisher immer darauf haben verlassen

können, dass andere für sie die Kohlen aus dem Feuer holen. Die Tarifaussensetzungen im öffentlichen Dienst wurden vor allem von den gut organisierten Bereichen wie Ver- und Entsorgung und den Beschäftigten in den Verkehrsbetrieben geführt. Dies geht nun nicht mehr. Für April sind weitere Aktionen geplant. Damit sie zum Erfolg führen, sind noch erhebliche Kraftanstrengungen notwendig. *Karlo Rücke*

Diskussion bei Daimler-Chrysler

Zeitrente als Alternative zur Altersteilzeit?

Die Regelung zur Altersteilzeit und andere Möglichkeiten für Beschäftigte, vor dem offiziellen Rentenalter von 65 Jahren aus der Beschäftigung auszuweisen, waren seinerzeit von der Regierung geschaffen worden, um den Kapitalisten einen enormen Schub bei der Produktivität in den „harten“ Bereichen der Produktion zu ermöglichen durch Verjüngung der Belegschaften. Die damit verbundenen finanziellen Zuschüsse (allerdings weitgehend bezahlt von den Beschäftigten selbst vermittelt über die Sozialversicherungen) machten dieses Mittel aber allgemein beliebt. In vier Jahren läuft das Altersteilzeitgesetz aus, eine Verlängerung ist nicht geplant.

Nun gibt es in den Betrieben, in denen nach wie vor viele Beschäftigte körperlich harte und verschleißende Arbeit verrichten müssen, erste Überlegungen, was an die Stelle der vorzeitigen Rente durch Altersteilzeit treten soll. Federführend scheint der Daimler-Chrysler-Konzern zu sein. Wir dokumentieren aus der neuesten Ausgabe der IG Metall-Betriebszeitung „Scheibenwischer“, wo aus Betriebsratssicht erste Überlegungen zur Diskussion in der Belegschaft veröffentlicht werden. Auffällig ist, dass von Überlegungen, die Arbeit so zu gestalten, dass sie auch im höheren Alter noch verrichtet werden kann, keine Rede mehr ist. (alk)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in vier Jahren läuft das Altersteilzeitgesetz aus. Damit fällt auch die Möglichkeit weg, frühzeitig aus dem Arbeitsleben auszusteigen. Das gesetzliche Renteneintrittsalter wird immer weiter nach hinten verschoben. Schaut man sich die Arbeitsbedingungen in der Montage an, wird einem schnell klar, dass diese anstrengende Tätigkeit ab einem gewissen Alter problematisch wird. Auch gibt es heutzutage immer weniger Arbeitsplätze in der Produktion für Menschen mit körperlichen Einschränkungen. Von Seiten der Regierung ist keine Alternative zur Altersteilzeit in Sicht. Deshalb gibt es in der IG Metall schon länger Überlegungen zu einer neuen Lösung: die Daimler-Chrysler-Zeitrente.

Mit individuellen Zeitguthaben in Form eines Lebensarbeitszeitkontos könnte die Zeit bis zur Rente überbrückt werden. Klar ist aber auch, dass diese Zeitrente keinen Sinn machen würde, wenn ausschließlich die Beschäftigten Zeiten ansparen. Auch das Unternehmen müsste auf das Zeitkon-



Hannover. Protestzug der Landesbeschäftigten.

die Beschäftigten ihren Protest zum Ausdruck gebracht.

Zu den aktivsten Bereichen des öffentlichen Dienstes zählten die Straßenmeistereien in mehreren Bundesländern. In der Presse und im Landtag Niedersachsen wurde massiv gegen die Streiks gehetzt. *Bildzeitung* am 23.2. 2005, „Eiskalter Streik“: „Die Gewerkschaft riskiert Leben und Gesundheit von Autofahrern.“ Landtagsdebatte,



Beispiel für körperlich schwere Arbeit bei Daimler-Chrysler: In der Schmiede müssen die mit Federlenkern beladenen Abgradwagen von Hand gezogen werden.

to einzahlen. Denn auch das Unternehmen hat Vorteile, wenn die Mitarbeiter frühzeitig aus dem Erwerbsleben austreten. Der Arbeitgeber könnte beispielsweise Zeitgutschriften für einzelne Beschäftigtengruppen wie Schichtarbeiter oder Beschäftigte mit besonderen Belastungen einbringen. Auch muss darauf geachtet werden, dass nicht alle Mitarbeiter gleichermaßen Zeiten ansparen können. Deshalb müssten beispielsweise auch für Teilzeitbeschäftigte Lösungen gefunden werden.

In dieser Scheibenwischer-Ausgabe stellen die Betriebsräte Karl Reif und Michael Häberle (von uns nicht dokumentiert, KBS) ihre Meinung zur Zeitrente dar. Auch einzelne Mitarbeiter kommen zu Wort. Doch wie geht es jetzt weiter mit der Zeitrente? Der Gesamtbetriebsrat arbeitet derzeit noch einen Vorschlag zur Zeitrente aus. Dabei fließen auch Meinungen aus der Belegschaft mit ein.

Raus aus der Tretmühle

Karl Reif, IG Metall-Betriebsrat

Wir müssen die Regierung dieses Landes politisch unter Druck setzen und uns nicht einfach mit dem Auslaufen der Altersteilzeit abfinden. Natürlich wissen wir nicht, ob wir damit Erfolg haben werden. Doch wir müssen uns auf jeden Fall jetzt schon Gedanken machen, welche Alternativen wir haben, wenn die Altersteilzeit nach 2009 ersatzlos ausläuft.

Bevor wir bei Daimler-Chrysler betrieblich die Initiative ergreifen, sollte in der IG Metall gegen einen immer weiter erschwerten bzw. unmöglich gemachten, vorzeitigen Rentenzugang, eine tarifpolitische Forderung aufgestellt. Mit dieser Forderung könnten die Unternehmer gezwungen werden, ihren Beitrag dazu zu leisten, dass die Beschäftigten früher als zum gesetzlich festgelegten Renteneintritt aus der Tret-

mühle der Betriebe rauskommen. Die finanziellen Bedingungen müssten natürlich akzeptabel sein.

Regierung macht Rolle rückwärts

Warum keine Forderung stellen ähnlich der Kampagne des ehemaligen IG Metall-Vorsitzenden Klaus Zwickel „Rente mit 60“, natürlich angepasst an die heutigen rentenrechtlichen Regelungen? Wir müssen tarifpolitisch ja nicht die Hände in den Schoß legen, nur weil eine neoliberal gewendete Bundesregierung eine Rolle rückwärts macht. Wie gesagt: Ob die IG Metall das angeht oder nicht, sollte innerhalb unserer Organisation diskutiert und entschieden werden, bevor wir betriebliche Alleingänge machen.

Wer zahlt auf das Konto ein?

Die Frage der Zeitrente ist natürlich vor allem eine Frage der Befüllung eines Zeitrentenkontos. Die Zeitrente muss vor allem für die nutzbar sein, die es am ehesten brauchen: Beschäftigte mit langer Betriebszugehörigkeit, in Bereichen mit hoher Belastung, die ihre Gesundheit in der Arbeit verschlissen haben und die dringend früher raus müssen. Das Zeitrentenkonto sollte auch für Beschäftigte mit geringerem Verdienst attraktiv sein. Eine soziale Umverteilung ist notwendig. Ich denke dabei an diejenigen, die kaum in der Lage sind, z.B. Rentenabschläge auszugleichen oder private Rentenvorsorge zu treffen.

Arbeitgeber muss Beitrag leisten

Außerdem muss das Unternehmen sich stärker als heute an der „Finanzierung“ von Regelungen zum früheren Ausstieg beteiligen. Daimler-Chrysler weiß genau, dass wir in vielen Bereichen nicht bis 65 oder gar 67 arbeiten können. Die Firma hat also ebenso ein großes Interesse an einer solchen Regelung – also soll sie auch bezahlen und nicht die Belegschaft ihren früheren Ausstieg auch noch selber „finanzieren“ lassen.

Keine Freischicht/Gleitzeit ins Zeitrentenkonto

Die Idee der Befüllung des „Zeitrentenkonto“ auch mit Zeitbausteinen aus Freischichten oder Gleitzeit halte ich dagegen für falsch. Diese Zeiten sind Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung. Sie realisieren die tarifliche oder die individuelle Arbeitszeit. Freischichten und Gleitzeit als Zeitausgleich sind Beschäftigungsvolumen und Arbeitsplätze. Und zwar heute.

Arbeitszeitverkürzung ist auch ein Mittel, um gesund in Rente gehen zu können. „Hauptsache früher in Rente“ sollte nicht die Parole der Zukunft sein. Deshalb bin ich dafür, Lösungen zu suchen, ohne dabei die 35 Stunden-Woche anzuknabbern und ihre Beschäftigungswirkung zu reduzieren.

BDA und DIHT wünschen schnellere Liberalisierung des Postmarkts. HB, Fr./Sa, 18./ 19. 3.

05. BDA und DIHT drängen auf eine sofortige Novelle des Postgesetzes. Nach einer Initiative des Bundesrates solle durch rechtliche Klarstellung der Wettbewerb bei den sog. postvorbereitenden Diensten kurzfristig frei gegeben werden, auch wenn die Exklusivlizenz der Deutschen Post AG für die Beförderung kleinerer Briefe noch bis 2007 läuft. Hessen und Niedersachsen hatten im Bundesrat die Forderung nach vorzeitiger Abschaffung des gesamten Briefmonopols erhoben, setzten sich jedoch nicht durch. Bei der Postvorbereitung geht es um den Marktzugang für konkurrierende Dienstleister, die Briefe in eigener Regie einsammeln, vorsortieren und in Großmengen bei der Post einliefern. Ein schnelleres Liberalisierungstempo, so BDA und DIHT, begünstige auch die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen. Private Dienstleister hätten mehr Beschäftigte als die Deutsche Post, wie seit 1998 zu verfolgen sei.

Widerstand von BDI gegen Offenlegung der Vorstandsgehälter. FAZ, Mo., 14.3.

05. Mit dem Gesetzentwurf zur Offenlegung von Managergehältern stößt Justizministerin B. Zypries bei BDI-Präsident J. Thumann auf Widerstand. Er bemängelte nach Bekanntwerden des Gesetzentwurfs, die Regierung schwäche den Corporate Governance Kodex. Das Prinzip der freiwilligen Unternehmensentscheidung dürfe nicht ohne überzeugenden Grund aufgegeben werden. Es drohe ein Anstieg der Managergehälter, da die Konkurrenz bei einer Offenlegung stärker vergleiche.

BDI verteidigt überarbeitete Arbeitszeitrichtlinie. HB, Mi., 16.3.05.

Nach dem Entwurf der EU-Kommission soll Bereitschaftsdienst künftig nur dann als Arbeitszeit angesehen werden, wenn der Arbeitnehmer „nach Aufforderung des Arbeitgebers aktiv tätig wird“. Dies sei jedoch völlig praxisfremd, so die Abgeordneten. Auch die geplante Ausweitung von überlangen Arbeitszeiten stoßen auf Kritik: EU-weit soll die gültige Höchstarbeitszeit von 48 Stunden pro Woche flexibler als bisher gehandhabt werden. Mehrarbeit soll in zwölf statt bisher vier Monaten ausgeglichen werden können. Einzelarbeitsverträge sollen sogar noch längere Arbeitszeiten erlauben. BDA-Präsident D. Hundt verteidigt den Kommissionsentwurf: Die Vorlage korrigiere die „Fehlentwicklungen, die durch die Rechtsprechung des EuGH entstanden sind“. Allerdings gehe der Entwurf noch nicht weit genug. Die Kommission solle „mehr beschäftigungsfördernde Flexibilität“ schaffen, ohne den Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer zu gefährden.

Presseauswertung: rst

Die Junge Welt veröffentlichte am 11. März ein Interview mit **Tobias Pflüger zur EU-Verfassung:**

F: Offensichtlich spielen einige in der PDS mit dem Gedanken, die beiden von ihr mitregierten Länder könnten im Bundesrat der EU-Verfassung zustimmen. Das könnte man Wahlbetrug nennen – oder?

Ich gehe davon aus, daß die PDS-Vertreter in den Landesregierungen mit Nein stimmen werden, die Länder sich dann bei der Abstimmung im Bundesrat enthalten und dass es keine Absprachen nach dem Motto gibt: Die PDS sagt nein, gibt aber gleichzeitig der SPD augenzwinkernd grünes Licht für ein Ja. Es geht um die Glaubwürdigkeit der PDS. Das betont auch ein Brief der westdeutschen Landesvorsitzenden, der darauf drängt, daß die PDS in Berlin und Mecklenburg/Vorpommern nein sagen muß. Ich hoffe sehr, dass die PDS es nicht zur Zustimmung kommen läßt. Sollte ich mich täuschen, dann hat die PDS ein Problem, insbesondere in Bezug auf die Friedensbewegung.

F: Unklar ist noch, wann der Bundesrat abstimmt, aber das Ratifizierungsverfahren läuft bereits. Am 24. Februar fand im Bundestag die erste Lesung statt – klammheimlich sozusagen.

Offensichtlich ist es die Strategie der SPD/Grünen-Regierung, den EU-Verfassungsvertrag heimlich, still und leise durchzubekommen. Zudem war an der Bundestagsdebatte bemerkenswert, dass kaum jemand über den Inhalt des Verfassungsvertrags sprach. Stattdessen führt man gerne Ideologiedebatten der Art: „Europa ist doch gut, und es ist prima, daß es jetzt eine Verfassung gibt.“

F: Die Financial Times Deutschland schrieb unlängst, der Kanzler habe für den Fall des Scheiterns der Verfassung einen Plan B in der Schublade. Demnach soll dann auf ein Kerneuropa-Konzept gesetzt und das deutsche und französische Militär verschmolzen werden. Im EU-Verfassungsvertrag wird das Kerneuropa-Konzept mit der ständigen strukturierten (militärischen) Zusammenarbeit institutionalisiert. Insofern macht es immanent, ‚Sinn‘, daß sich die deutsche Führung überlegt, wie sie dieses Ziel notfalls auch ohne den Verfassungsvertrag erreichen kann.

Linkes Europa vereint gegen rechts!

EU-Parlamentarier diskutierten über die Gefahr am rechten Rand der Parlamente berichtet das *Neue Deutschland* in seiner Ausgabe am 21. März:

Linke Parlamentarier aus 18 Ländern Europas trafen sich am Wochenende in Potsdam. Neben dem Beitrag linker Parteien für ein soziales Europa war der Erfahrungsaustausch darüber, wie man in regionalen und nationalen Parla-

menten mit Rechtsextremisten umgeht, wichtiges Thema des Treffens ...

Die Debatte um die Frage, ob ein Verbot rechtsextremer Parteien ein Mittel zu deren Bekämpfung ist, stand im Mittelpunkt der Diskussion der linken Parlamentarier. „Der Kampf gegen den Faschismus ist nicht möglich mit den Mitteln, die wir jetzt haben“, erklärte Lubos Blaha, Leiter der internationalen Abteilung der Kommunistischen Partei der Slowakei. Auch in der Slowakei wachse die Ausländerfeindlichkeit. Dies sei, so stellte Blaha klar, nicht nur eine Angelegenheit der Politik, sondern vor allem eine alltägliche Begegnung im Alltag. Gewalttaten von Skinheads und rechtsextremistisch motivierte Morde an Roma seien in der Slowakei grausame Realität. „Wir können nicht zulassen, dass die Neofaschisten weiterhin demokratische Rechte besitzen“, schlussfolgerte Blaha. Dies sei keine Frage des Liberalismus, sondern des Humanismus.

Seine Überzeugung, dass ein Verbot der neofaschistischen Parteien die gegenwärtige Situation verbessern würde, greift nach Ansichten der meisten versammelten Parlamentarier aber zu kurz. Ein Verbot von rechtsextremen Parteien führt nach Ansicht der deutschen Bundestagsabgeordneten Petra Pau (PDS) nicht dazu, dass Menschen weniger anfällig für populistische oder rechtsextreme Gedanken werden. In Deutschland, so Pau, werde pro Stunde eine Straftat mit rechtsextremen Hintergrund verübt. „Dieses Problem kann nicht gelöst werden durch ein Verbot von NPD oder DVU“, erklärte sie. Auch beim Thema NPD-Aufmarschverbot am Holocaust-Denkmal in Berlin blieb sie skeptisch: „Die Reaktion auf die Bedrohung von rechts kann nicht die vorausseilende Abschaffung von Bürgerrechten sein.“ Die sächsische PDS-Abgeordnete Katja Kipping pflichtete ihr bei: „Mit Einschränkungen der Demokratie nimmt man ihren Feinden nur die Arbeit ab.“ Ihrer Meinung nach helfe gegen Neofaschismus in den Köpfen nur eines: Bildung. Überarbeitete Lehrbücher und ein Umdenken von Lehrern und Schuldirektoren könnten Möglichkeiten sein, rechtsextreme Meinungen und Einstellungen zu bekämpfen.

Linke Kommunalpolitiker gegen Europäische Verfassung und Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt.

Weil die Gefahr der völligen Aushöhlung der kommunale Selbstverwaltung besteht, haben bei einem Treffen in Brüssel über 150 linke Kommunalpolitiker aus 16 Ländern die Europäische Verfassung und den Entwurf der neuen EU-Dienstleistungsrichtlinie abgelehnt und sich auf entsprechende Aktionen in den Ländern verständigt.

Hierzu wurde ein Europäisches Netzwerk linker Kommunalpolitiker gegründet. Initiator des Treffens war die Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken (KVEL/NGL) im Europäischen Parlament, der auch die PDS-Gruppe angehört.

Die Statutenkommission der PDS schreibt in einem Bericht über den Stand Statutendiskussion:

„Eine davon zu trennende Frage ist der Umgang mit Plattformen, Fraktionen, Foren und ähnlichen Vereinigungen. Das Recht, sich in Strömungen zu organisieren, ist eine der wichtigsten Errungenschaften unserer Partei. Diese Pluralität bleibt unangetastet.“

Deshalb sollen diese Vereinigungen in der ‚Ordnung zur Arbeit der Zusammenschlüsse‘ nicht miterfasst werden. Anderenfalls wäre dies nämlich eine Beschneidung ihres Betätigungsrechts. Deswegen schlägt die Kommission vor, in einer weiteren Ordnung nicht die Pflichten, sondern die Rechte solcher Vereinigungen zu regeln.

Damit verbindet sich die noch offene Frage, ob die PDS ihnen Delegiertenmandate zuerkennt oder ob sie sich, wie jede Genossin und jeder Genosse, um politischen Mehrheiten in den Gebietsverbänden bemühen müssen.

In Bezug auf die Neugestaltung des Delegiertenschlüssels griff die Statutenkommission Vorschläge der alten Kommission auf. Zum einen soll es möglich sein, Ersatzdelegierte zu wählen. Zum anderen soll dem Trend, dass der Parteitag wegen rückläufiger Mitgliederzahlen schrumpft, mit einer Festbeschreibung der Delegiertenzahl im Statut begegnet werden.

Dabei sollen Grundmandate für die östlichen Kreisverbände bzw. die West-Landesverbände erhalten bleiben. Aber mit einem neuen Berechnungsmodell sollen die Unterschiede in den Mitgliederzahlen durch zusätzliche Mandate deutlicher abgebildet werden. Auf der kommenden Beratung im April wird die Kommission an diesem gerechteren und repräsentativeren Modell weiter diskutieren ... Die Vorschläge für die Änderungen werden im Mai und Juni mit den Landesverbänden, den Zusammenschlüssen und im Parteivorstand diskutiert. Vor dem Sommer wird abschließend entschieden, welche Anträge dem Parteitag im November vorgelegt werden.“

Die 3. Tagung des 6. Landesparteitages der PDS Hessen fand am 19. März in Gießen statt. Schwerpunkt war die Diskussion und der Beschluss über das Rahmenwahlprogramm der PDS Hessen für die Kommunalwahl 2006.

Zusammenstellung: jöd

Wann sieht etwas nach Kunst aus?

Der folgende Beitrag fasst einen Vortrag von Wolfgang Ullrich zusammen, den dieser während der Sommerakademie in Neuburg an der Donau (August 2004) gehalten hat. An der Sommerakademie wird Bildende Kunst, Musik und Theater (1) unterrichtet. Der Vortrag war die Einleitung für ein Seminar, in dem mit vielen Bildbeispielen Codes der Bildenden Kunst untersucht wurden. Ziel des Seminars war es, bei den Teilnehmern das Gefühl dafür zu stärken, ab wann nur noch diese Codes bedient werden und deshalb die Kunst dabei auf der Strecke bleibt. Wolfgang Ullrich, geb. 1967, hat Philosophie, Kunstgeschichte, Logik/Wissenschaftstheorie und Germanistik studiert, er lebt in München und arbeitet freischaffend als Autor, Unternehmensberater und Dozent (2). Der Vortrag zeigt anschaulich, wie die bürgerliche Gesellschaft der Kunst ihren Stempel aufgedrückt hat und mittlerweile zum Hemmnis für deren Weiterentwicklung geworden ist. Die Zusammenfassung lehnt sich eng an das Redemanuskript an, wenn auch aus Platzgründen sehr stark gekürzt.

Hans Waschkau

Der Vortrag von Ullrich beginnt mit Beispielen, wann Kunstwerke beim Betrachter das Gefühl erzeugen, sie würden nur nach Kunst aussehen. So z.B. wenn die Kabel einer Video-Installation auffällig durch den gesamten Ausstellungsraum laufen und man denkt, das sei zwar offenbar so üblich, sei aber nur deshalb so gemacht, weil es so üblich sei. Oder Drippings (hingespritzte Farbtropfen) bei einem Gemälde oder ein Kaffeefleck auf einer Skizze, die zudem noch auf Papier gekritzelt wurde, das an einer Seite geknickt oder aus einem Schulheft gerissen war. Das Misstrauen, hier werde lediglich eine Kunst-Rhetorik in Szene gesetzt, entsteht dann, wenn der Eindruck vorherrscht, ein Element habe keinen anderen Sinn als den, die jeweilige Arbeit als Kunst erscheinen zu lassen. Sobald das Interesse, etwas möge als Kunst bewundert werden, dominant gegenüber einem formalen oder inhaltlichen Interesse zu sein scheint, wird der Kunst-Status zweifelhaft.

Kunst als Wertbegriff

Warum aber werden solche Werke nicht einfach als schlechte Kunst bezeichnet? Ein Grund dafür liegt darin, dass Kunst oft nicht als Gattungsbegriff verstanden wird, wonach z.B. alles in einer Pinakothek oder in einem Kunstverein Kunst wäre, sondern als Wertbegriff verwen-

det wird, was die Existenz von schlechter Kunst ausschließt. So schrieb z.B. Adorno: „Der Begriff eines schlechten Kunstwerks hat etwas Widersinniges: wo es schlecht wird, (...) verfehlt es seinen Begriff und sinkt unter das Apriori von Kunst herab.“ (3) Zu einem Wertbegriff und damit zu einem Ort von Idealen wurde Kunst seit dem 18. Jahrhundert, als sie zunehmend mit großen Erwartungen aufgeladen wurde und emanzipatorische, revolutionäre, therapeutische, kompensatorische, individualitätstiftende und transzendente Kräfte zugesprochen bekam.

Die Verwendung des Wortes Kunst in der Moderne als Wertbegriff erklärt, warum das Phänomen des Nach-Kunst-Aussehens häufig auftritt. Viele würden gern Kunst machen, weil sie unbedingt mit etwas Positivem – Idealem – identifiziert werden möchten. Der Glanz der Kunst ist für sie attraktiver als alles, was deren Gegenstand sein könnte. So legen sie vor allem Wert darauf, dem Begriff der „Kunst“ zu gehorchen, und kümmern sich primär um Elemente, die sie selbst mit Kunst assoziieren und die sich oft bereits anderswo als erfolgreich erwiesen haben. Und schon passiert es, dass die Absicht, etwas möge Kunst sein, als das eigentliche Thema einer Arbeit erscheint.

Aus der individualitätstiftenden Kraft, die Kunst haben soll, stammt die Idealvorstellung, Kunst müsse spontan und unmittelbar entstehen. Deshalb setzt sich häufig eine Rhetorik des Skizzenhaften durch, zu deren Stilmitteln neben einem flüchtigen Strich oder hastigen Buchstaben auch abgerissene Ecken oder Kaffeeflecken gehören. Hauptsache ist, dass die Arbeit möglichst impulsiv, als Ergebnis einer kreativen Eruption erscheint, die den Künstler so plötzlich und heftig überkam, dass er nicht einmal mehr die Zeit hatte, ein sauberes Blatt Papier zu suchen. Natürlich mag das gelegentlich passieren, doch viel häufiger entspringt eine solche Ästhetik der Spontaneität dem Wunsch, dieser Erwartung gegenüber Kunst zu entsprechen.

So wie im Kunstbegriff Idealvorstellungen enthalten sind, die vorgeben, was Kunst ist, wird auch durch den Ausschluss bestimmter Eigenschaften definiert, was Kunst nicht ist. Es gibt eine Liste von Reizworten, die in Diskussionen über Kunst tabuisiert sind und höchstens verwendet werden, um etwas auszugrenzen oder zu denunzieren. „Illustrativ“, „dekorativ“, „markt-gängig“, „Statussymbol“ oder „Auftragsarbeit“ sind solche Reizworte, die bei allen, die den Imperativen des Kunstbegriffs folgen, sogleich Abwehrreaktionen auslösen. Betrachtet man die Reizworte des Kunstbegriffs, so fällt auf, dass in und mit ihnen jeweils gegen die Idee verstoßen wird, Kunst müsse autonom und daher spröde, ja regelrecht von einem

Geist der Verweigerung geprägt sein. Eine Brücke zu bereits vorhandenen Bedürfnissen oder Sehnsüchten der Menschen zu schlagen, gilt schon als übermäßige Anbiederung; vielmehr wird die Autonomie so verstanden, dass keine externen Wünsche und Ansprüche zu akzeptieren sind. Verbindlichkeit wird als Untugend gehandelt.

Wer sich den Vorgaben eines Begriffs wie Kunst unterordnet, folgt dabei einer anonymen Autorität, einer unüberschaubaren Gemeinschaft von Menschen, die an der Genese und Ausgestaltung dieses Begriffs mitgewirkt haben, wobei sich die Anteile Einzelner nicht trennen lassen. Auf das, was sich heute im Begriff von Kunst manifestiert, haben Philosophen wie Arthur Schopenhauer und Jean Baudrillard, Kunsthändler wie Henry Kahnweiler, Sammler wie Albert Barnes, Professoren wie Rosalind Krauss sowie Künstler selbst wie Friedrich Schiller (gleichzeitig auch Kunstphilosoph), Marcel Duchamp oder Frida Kahlo Einfluss genommen. Und zahllose Professoren, Redakteure und Kunsterzieher klopfen diese Begriffsinhalte täglich neu und in vielen leicht unterschiedlichen Varianten ein.

Das Originalitätsgebot der Kunst

Der Kunstbegriff hat aber eine besondere Schikane zu bieten, da zu seinen Ansprüchen – ziemlich grundsätzlich sogar – das Originellsein gehört. Deshalb genügt es nie, wenn jemand, der sich dem Begriff ‚Kunst‘ unterstellt, ihn nur nachahmt. In diesem Fall wird das Ergebnis nicht Kunst sein, sondern nur nach Kunst aussehen.

Das Originalitätsgebot kann als eine besonders raffinierte Begriffskonstruktion verstanden werden, da der Kunstbegriff dadurch vor seiner eigenen Klonierung, vor tautologischen Reproduktionen geschützt wird. Er erfährt eine fortwährende Verjüngung dadurch, dass jeweils einiges von dem, was das Originalitätsgebot erfüllt, schließlich selbst zu einem seiner Bestandteile wird: Ein Künstler, dem es z.B. gelingt, mit einem neuen Werkstoff überzeugend zu arbeiten, trägt dazu bei, dass dieser als kunstwürdig gilt – was schließlich wiederum dazu führen kann, dass derselbe Werkstoff geraume Zeit später bei denjenigen beliebt wird, die unbedingt wollen, dass ihre Arbeit nach Kunst aussieht. Ohne das Originalitätsgebot fehlte ein wichtiger Faktor für die Dynamik des Kunstbegriffs, mutmaßlich sähe die Kunst heute noch ähnlich aus wie vor hundert Jahren.

Das Originalitätsgebot lässt sich aber auch anders interpretieren: Man kann es kritisch sehen und bedauern, dass Künstler selbst das Originellsein vorgeschrieben wird. Der Wunsch nach Eigenheit ist dem Kunstbegriff geschuldet und damit – paradoxerweise – fremdbestimmt. Ebenso verhält es sich mit der

vom Kunstbegriff schon seit langem geforderten Autonomie: Indem der Begriff insgesamt so aufgeladen mit Idealen ist und damit stark normativ und appellativ wirkt, ist alles, was als Kunst entsteht, keineswegs autonom. Wer Kunst machen will, hat vielmehr immer schon – und zuerst nur – fremde Träume im Sinn.

Die Paradoxie lässt sich sogar noch zuspitzen und so auch die spezifische Leistung von Künstlern – die für ihren Erfolg erforderliche Kraftanstrengung – würdigen: Indem der Kunstbegriff einerseits eine starke imperative Dimension besitzt und andererseits mit am stärksten Originalität und Autonomie verlangt, fordert er sowohl, dass man ihm nachkommt und möglichst genau entspricht, als auch, dass man ihm widerspricht und sich von ihm distanziert, ja ihn transzendiert. Wer Kunst machen will, droht also immer zumindest einen der beiden konträren Ansprüche zu vernachlässigen. Entweder ist das, was dann entsteht, bloße Begriffs-Mimikry und damit etwas, was nur nach Kunst aussieht, oder aber es dementiert den Kunstbegriff so deutlich und folgt seinen Vorgaben so wenig, dass es gar nicht mehr als Kunst akzeptiert wird.

Eine nicht seltene Methode, das Gebot der Originalität (und Überraschung) zu erfüllen, ist die Inszenierung

einer Abweichung vom Üblichen und Gebotenen als Strategie, um zu signalisieren, dass die Nichteinhaltung von Vorgaben des Kunstbegriffs bewusst geschieht. Dies zeigt aber zugleich, wie streng und beinahe diktatorisch es auf dem Gebiet der Kunst zugeht, wo derartige Abweichungen nur dann akzeptiert werden, wenn sie eigens inszeniert und damit zur Hauptsache gemacht werden. Es ist überdies ermüdend, dass immer wieder nur eine einzelne Vorgabe verletzt und allein daraus eine Strategie entwickelt wird, die manchmal sogar ein ganzes Künstlerleben tragen muss. Dieses Schema ist selbst so gängig und angesichts der Übermacht des Kunstbegriffs vielleicht auch unvermeidlich, dass es den Charakter des bloßen Nach-Kunst-Aussehens besitzt.

Der Kunstbegriff als Teil des kollektiven Gedächtnisses

Ein Begriff wie der der Kunst – in all seiner anonymen Macht – lässt sich auch als eine Institution interpretieren. Wie in den Krankenkassen, in einer Partei oder beim ADAC können sich in einem Begriff Werte verkörpern, die von einer breiten Gemeinschaft getragen werden und denen dadurch, dass sie sich institutionalisieren, Stabilität, Wirklichkeit und vor allem Autorität zuwächst. Institutionen wie Begriffen kann sich ein Einzelner nur schwer widersetzen, ge-

rade weil man dabei nicht gegen einen anderen Menschen – oder gegen eine Gruppe von Menschen – opponiert, sondern ein komplexes und festes Gebilde als Gegenüber hat, das sich auf keinen direkten Dialog einlässt und schon gar nicht ohne weiteres ändern lässt.

Begriffe können sogar noch mächtiger sein als Institutionen. Gegen letztere kann man zumindest symbolisch vorgehen, indem man etwa Gebäude angreift, die ihnen gehören. Ein Begriff hingegen hat keinen konkreten Ort, sondern taucht in Büchern und Zeitungen, überhaupt in Medien auf; vor allem aber steckt er in den Köpfen der Menschen, die eine Sprach- oder Kulturgemeinschaft bilden. Er ist Teil des kollektiven Gedächtnisses; gegen ihn kann sich kein Terroranschlag richten, ihm gegenüber ist man als Einzelner ohnmächtig. Um einen Begriff mit mehr Macht auszustatten oder ihm neue und zusätzliche Dimensionen zu geben, muss auf das kollektive Gedächtnis Einfluss genommen werden. Dies ist in der Regel nur über einen langsamen Begriffswandel möglich.

Begriffe und Marken

Wer die Absicht hat, einen Begriff für eigene Interessen zu nutzen, ohne dabei einen langsamen Begriffswandel abwarten zu wollen, ist auf massive und teure Propaganda angewiesen. Dies fin-

Kaufe alles, zahle jeden Preis

Der folgende Text stammt aus einer längeren Reportage über den Markt für zeitgenössische Kunst, der im Süddeutsche Zeitung Magazin vom 11.2.2005 erschienen ist. Der Umsatz auf diesem Markt wird für das Jahr 2004 auf etwa fünf Milliarden Dollar geschätzt, der Anteil der USA betrug 60 Prozent, der Anteil Deutschlands 2,2 Prozent.

Die Chefin einer angesehenen New Yorker Galerie könnte bald ein Buch füllen mit den Geschichten, die ihr manche Kunden auftragen, um ein Bild kaufen zu dürfen: „Wenn wir zehn Werke eines gefragten Künstlers zeigen, kommen 200 Anfragen“, sagt sie. „Die Leute erzählen mir den Lebenslauf ihrer Mutter, um zu beweisen, dass sie der Kunst würdig sind. Und manche weinen vor Wut, wenn sie leer ausgehen.“

Leer gingen jedoch viele aus. Die Galerien melden für die aktuellen Stars wie Maurizio Cattelan, Chris Ofili, Jeff Koons oder Luc Tuymans: ausverkauft, auf Jahre hinaus. Wer ein Gemälde des Deutschen Neo Rauch haben möchte, kann sich 2008 wieder melden. Also wendet sich das Publikum hochgeju-

belten Neulingen zu. Die Gier des Marktes spült Künstler an die Oberfläche, von denen kein Mensch weiß, ob man sich in zwei Jahren noch an ihre Namen erinnert. Zum Beispiel die Ölbildchen des Leipzigers Eberhard Havelkost: Trendbewusste Sammler aus Amerika sind heiß auf jedes Gemälde aus Ostdeutschland. Sie fragen: „Is Eberhard from Laibdsisch? Okay, let's buy it.“

Weltweit gibt es etwa 300 Menschen, die im großen Stil zeitgenössische Kunst sammeln. Sie schmeißen Partys, lassen Galeristen mit Privatjets einfliegen und führen dabei einen erbitterten Krieg um die raren Spitzenwerke. Die Galeristen revanchieren sich mit Vorkaufsrechten – und geben ihrerseits Partys und exklusive Dinner. So funktionierte das Geschäft seit Jahrzehnten. Doch neuerdings drängen Tausende wohlhabender Interessenten in den Markt, die nicht zum engsten Kreis der Szene gehören: Spekulanten, Erben, lateinamerikanische Industrielle oder Neureiche, die ihre Freundinnen beeindrucken wollen. Sie kaufen, was sie kriegen können. Notfalls zu sehr hohen Preisen auf Auktionen.

Warum? Simple Erklärung: Die Reichen können nichts Besseres mit ihrem Geld anfangen. Die Steuersenkungen

der Regierung Bush versetzen die Oberschicht Amerikas in die Lage, Milliarden überflüssige Dollars loswerden zu müssen, doch der Aktienmarkt ist vergleichsweise unattraktiv. Für Südamerikaner ist es sicherer, in Bilder zu investieren als in einheimische Unternehmen. In Asien entwickelt sich eine gigantische Nachfrage. Investmenthäuser legen neue Kunstfonds im Dutzend auf – die Rendite ist fantastisch. Dazu kommt, dass Luxus in jeder Form Hochkonjunktur hat. Bentley zum Beispiel verkaufte 2004 sechs Mal so viele Autos wie im Jahr zuvor. Und wer schon einen Bentley besitzt, greift als Nächstes zum ultimativen Luxus: Er reist zu einer der 50 Kunstmessen, die es inzwischen gibt, und erwirbt ein millionenteures Großformat für die Wand hinterm Sofa. „Es geht vielen nicht nur darum, Kunst zu kaufen und zu besitzen. Die Superreichen wollen sich ein neues Lebensgefühl zulegen“, sagt Sandy Heller aus Manhattan, die Dutzende Klienten in der Frage berät, welche Werke sie kaufen sollen. In anderen Worten: Wer reich ist und langweilig, besorgt sich ein paar Bilder und hofft, auf coole Partys eingeladen zu werden. Das Sammeln von Kunst bedeutet sozialen Aufstieg für Millionäre.

•

det nur in einem Bereich statt, der der Welt der Begriffe eng verbunden ist, nämlich dem der Marken. Bei Marken geschieht beschleunigt und kalkuliert, was bei Begriffen langsam, ohne vorab definiertes Ziel und ganz unberechenbar passiert. Für Marken ist jeweils ein bestimmtes Image gewünscht – und ‚Image‘ ist die Vokabel, mit der die zu Appellen und Imperativen werdenden Ideale bezeichnet werden, welche ebenso in Wertbegriffen stecken. Während Begriffe nicht von vorneherein darauf angelegt sind, Menschen zu prägen, haben Marken von Haus aus ein imperativisches Wesen. Da Unternehmen das Konsumverhalten beeinflussen wollen, müssen sie nämlich darauf achten, dass ihre Produkte – als Marken – zu Verkörperungen von Idealen werden und deshalb dazu auffordern, sie zu konsumieren: Wer dieser Ideale teilhaftig werden will, muss kaufen.

Den Imperativen, die von Begriffen ausgehen, folgt man durch ein bestimmtes Handeln, den Appellen der Marken durch Konsum, was in einer Wohlstandskultur natürlich viel bequemer ist und weniger Disziplin und Energie verlangt. Manchmal greifen Marken deshalb gezielt die Ansprüche von Begriffen auf und suggerieren, man könne auch durch einfachen Kauf in den Besitz begehrter Qualitäten gelangen, die sich sonst nur durch Arbeit und Anstrengung erwerben lassen: Um z.B. Individualität zu erlangen, brauche man kein über Jahre erarbeitetes Bildungsprofil und keine markante Biografie, müsse keine Abenteuer erlebt oder existenzielle Situationen überstanden haben, sondern es sei genug, wenn man bestimmte Turnschuhe oder die ‚richtige‘ Zigarettenmarke kaufe.

Dennoch: Begriffe sind nie wirklich käuflich; der Surrogatcharakter eines solchen Kaufakts ist nicht zu verbergen, und so rasch sich auf diesem Weg ein Ideal aneignen lässt, so wenig nachhaltig ist das andererseits. Doch wäre es zu einfach, eine Opposition zu behaupten zwischen redlicher Arbeit, die wirkliche Teilhabe an Idealen schafft, und bloß oberflächlichem Konsum, der zwar auf Ideale abzielt, sie aber nicht erreicht. Vielmehr erschöpft sich ebenso vieles von dem, was ein Begriff an Handeln auslöst, in oberflächlichen Gesten. Gerade weil hier Imperative im Spiel sind, ist das Agieren oft eher ein Reagieren, ein konformes und wenig reflektiertes, gar ängstlich-stumpfes Ausführen dessen, was der Begriff vorgibt.

Ferner ist die Grenze zwischen Begriffen und Marken fließend, da sich um einen Begriff herum ebenfalls Märkte ansiedeln können, deren Protagonisten dann ein Interesse daran haben, dass die Imperative des Begriffs möglichst stark bleiben. Eine zuerst ganz ziellos sich ergebende Begriffsgeschichte wird dann gezielt zu fixieren und so zu steuern ver-

sucht, dass sich Ideale in Werte und damit in Geld umsetzen lassen.

Kunst als Marke

Der Kunstmarkt hat dazu geführt, dass sich Kunst heutzutage ebenso als Marke wie als Begriff beschreiben lässt. Als Marke hat Kunst Ähnlichkeit mit einer starken Einzelhandels- oder Discoun-termarke wie z.B. Aldi. Einzelne Künstler müssen sich damit abfinden, dass der Blick auf ihr künstlerisches Gesamtwerk stärker vom Image der Dachmarke Kunst geprägt ist als von dem, was ihre Werke spezifisch kennzeichnet. Das erklärt übrigens auch, warum Sammler oft Werke von sehr verschiedenen oder sogar gegensätzlichen Künstlern kaufen.

Bei der Preisgestaltung verhält sich Kunst allerdings wie eine Edelmarke – eine Schnäppchenmentalität wird nicht bedient. Die Preise sollen vielmehr frei von allem Sensationellen sein, dezent im Hintergrund bleiben, dank möglichst vieler Nullen sogar wie nicht ganz real erscheinen, da Kunst, ihrem Image zufolge, auf keinen profanen Geldwert reduziert werden darf.

Werk- und Ausstellungstitel sind ähnlich wichtig wie Markennamen und funktionieren auch nach denselben Regeln. Paul Klee etwa hat oft Bilder, die sich nicht verkaufen ließen, mit neuen Titeln versehen. So nutzte er die damalige Beliebtheit von exotisch klingende Namen aus, als er ein Aquarell, das unter dem Titel „Erinnerung eines Erlebnisses“ ein Ladenhüter war, in „Orientalisches Erlebnis“ umbtaufte und so schnell einen Käufer fand (damals entstanden Zigarettenmarken wie Nil oder Salem Aleikum, berühmt war auch das Abfuhrmittel Tamar Indien Grillon).

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde Werbung mit bekannten Persönlichkeiten zu einer beliebten Markenstrategie. Dasselbe findet man bei Künstlern wie Cy Twombly, Anselm Kiefer oder Jean Tinguely, die ihre Werke dadurch zu adeln suchten, dass sie sich in den Titeln bekannter Namen bedienten. Jean Tinguely z.B. gab einer Reihe seiner Installationen aus Alteisen und Maschinenteilen die Namen von Philosophen wie Karl Marx und Martin Heidegger. Hier rätselt der Betrachter, wie Titel und Werk zusammengehören, womit sich einmal mehr das Image der Kunst bestätigt, von der ja erwartet wird, rätselhaft und unergründlich zu sein. Vielleicht gesteht der Betrachter dem Künstler sogar zu, auf der Basis besonders tiefer Kenntnisse der einzelnen Philosophen eine kongeniale Umsetzung von deren Thesen in ein anderes Medium gefunden zu haben und nur selbst zu dumm zu sein, um das nachvollziehen zu können. So erscheint der Künstler – passend zu seinem Image – als überlegener Visionär, während der Rezipient eingeschüchtert zurückbleibt.

Seit einigen Jahren gibt es in der Kunst – analog zu den Usancen bei anderen Marken und Produkten – eine Hochkonjunktur für englische Werk- und Ausstellungstitel. Mit dem größeren Assoziationspielraum einer Fremdsprache lässt sich die Vorstellung, Kunst müsse vieldeutig sein, relativ einfach erfüllen. Zudem hat das Englische den Nimbus des Modernen, Weltoffenen und Wichtigen.

Ähnlich wichtig wie Preisgestaltung und Werk- bzw. Ausstellungstitel sind auch formale Stilmittel, der Umgang mit bestimmten Themen, die Rhetorik von Ausstellungen oder die Selbstinszenierungsstrategien von Künstlern.

Auswirkungen der Marke Kunst an Kunstakademien

Besonders auffällig wird die Macht der Marke Kunst an den Kunstakademien bzw. überall dort, wo Kunst unterrichtet wird. Vor allem lassen sich hier die bei der Identifikation mit Marken typischen emotionalen Abhängigkeiten erkennen. Generell werden die Studenten an den Akademien so sozialisiert, dass es zum herrschenden Begriff – zum Markenimage – von Kunst passt. Wie ein Jugendlicher rasch lernt, in welchen Szenen er bestimmte Jeans lieber nicht anzieht oder wo er mit seinem Handy cool erscheint, wo also welche Codes erfüllt werden müssen, um akzeptiert zu werden, so lernen Akademiestudenten, was sie tun müssen, um später einmal als Künstler Anerkennung zu finden und um mit ihren Werken die Dachmarke Kunst beliefern und repräsentieren zu dürfen.

Tatsächlich geht es bei der Kunst wie bei anderen Marken viel mehr um Codes als um Kriterien. Vermittelt wird weniger ein Set an nachprüfbar Fertigkeiten oder begründeten Richtlinien, die das künstlerische Arbeiten erlauben und verbessern; vielmehr empfängt der Student Signale, wonach manches ‚irgendwie‘ gut ankommt, anderes hingegen abfällige Kommentare erfährt. Von den Professoren wird unterschiedlich – oft bereits auf körpersprachlicher Ebene – suggeriert, etwas sei nicht nur ungeschickt, sondern geradezu anstößig. Wer in einem Video einfach eine Geschichte erzählen will, wird vielleicht mit einer verächtlichen Handbewegung und der Bemerkung konfrontiert, das sei zu direkt, zu gefällig, zu wenig vielschichtig oder eben zu ‚dekorativ‘ und zu ‚illustrativ‘. Es liegt eine moralisierende Tendenz in vielen dieser Urteile, was die Studenten zusätzlich verunsichert; sie leben ständig in der Angst, nicht zu denen dazugehören zu dürfen, die etwas mit der Kunst zu tun haben.

Eigentlich braucht man sich nicht darüber zu wundern, dass es in der Umgebung von Begriffen und Marken, die besonders viel verheißen und die deshalb besonders begehrt sind, zu Range-

leien oder zu regelrechten Machtkämpfen kommt. Indem Codes und nicht Kriterien über den Zugang entscheiden, herrscht das Recht der Stärkeren; sie streben nach einem Interpretationsmonopol, was einen Begriff oder eine Marke anbelangt, und sie wirken damit auch direkt auf Inhalte und Image ein. An transparenten Kriterien und offener Diskussion haben sie kein Interesse, da das ihre Macht kontrollierbar werden ließe. So aber sind sie es, die die imperativische Energie eines Begriffs oder einer Marke verkörpern und spüren lassen.

Seit Kunst zu einem mit Idealen aufgeladenen Wertbegriff und zu einer Marke wurde, ist es für viele ihrer Akteure schwierig geworden, sich zu behaupten und Freiräume zu verschaffen. Als Künstler autonom und selbstbestimmt zu arbeiten, kostet enorm viel Kraft, und gerade Jüngere empfinden oft den starken Druck, den Kunst als Marke und auch als Begriff auf sie ausübt und der die berühmte Schere im Kopf in reger Bewegung hält. Mit den Imperativen der Kunst fertig zu werden, ihnen nicht stur zu gehorchen, sich aber im Widerstand gegen sie auch nicht zu überschätzen oder aufzureiben, gehört zu den größten Leistungen, die Kunststudenten wie auch Künstler ihr Leben lang vollbringen müssen.

Eine Warnung an die Teilnehmer der Sommerakademie

Bisher wurden die Überlegungen von Ullrich zusammengefasst – es folgen jetzt einige eigene Überlegungen, die keine Kritik an Ullrichs Gedanken sein sollen, sondern diese als Anregung für weitere Schlussfolgerungen benutzen. Ullrichs Vortrag vor den Teilnehmern der Neuburger Sommerakademie war eine deutliche Warnung davor, sich bei künstlerischer Arbeit nur von dem Wunsch leiten zu lassen, „Kunst“ zu machen. Diese Warnung ist nur zu berechtigt. Denn viele Teilnehmer (und Teilnehmerinnen – die große Mehrzahl sind Frauen) von Akademien wie in Neuburg haben das Ziel, sich über Kunst gesellschaftliche Anerkennung zu verschaffen, die ihnen sonst versagt bleibt. Sie übersehen dabei, dass Kunst immer einen Inhalt benötigt, um authentisch zu wirken. Ein typisches Indiz dafür ist z.B. die Unfähigkeit zu entscheiden, wann ein Werk fertig ist. Dies lässt sich nämlich nur beurteilen, wenn dabei ein formales oder inhaltliches Interesse (wie es Ullrich so schön formuliert hat) verfolgt wird. Ähnlich typisch ist der oft geäußerte Wunsch, mal „was Abstraktes zu machen“, was höchstens auf den ersten Blick nach einem formalen Interesse aussieht, wo in Wirklichkeit aber der Wunsch ausschlaggebend ist, Kunst auf eine Weise zu machen, die mehr Anerkennung verheißt, während eigene Interessen völlig auf der Strecke bleiben.

Kunstbegriff und bürgerliche Gesellschaft

Der Vortrag von Ullrich lädt aber auch dazu ein, sich über den gegenwärtigen Inhalt des Kunstbegriffs sowie über Möglichkeiten seiner Weiterentwicklung Gedanken zu machen. Zunächst einmal ist auffällig, wie gut der Kunstbegriff zur bürgerlichen Gesellschaft sowie zu deren verschiedenen Entwicklungs-Phasen passt.

So ging beispielsweise die Aufladung des Kunstbegriffs mit Idealen und hohen Erwartungen einher mit dem Glauben des Bürgertums (und seiner Vordecker) an die eigene revolutionäre Bedeutung, wie sie beispielsweise in der Losung der Französischen Revolution „Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit!“ zum Ausdruck kommt.

Die später entstandene Interpretation des Autonomiegebots der Kunst, wonach Bedürfnisse, Sehnsüchte, Wünsche oder Ansprüche anderer Menschen nicht bedient werden dürfen, zielt auf ein Bürgertum als (sehr zahlungskräftige) Käuferschicht, das mittlerweile die Herrschaft in der Gesellschaft errungen hat und auf Akzeptanz nicht mehr angewiesen ist. Die Rolle als Vorkämpfer des Volkes hat ausgedient: Die neuen Herren spielen sich vielmehr als abgehobene Elite auf. Um dies auch demonstrieren zu können, wünschen sie eine Kunst, die sie mit niemanden sonst teilen müssen.

Die vom herrschenden Bürgertum entwickelte Massenproduktion kann zwar günstig Produkte in großer Zahl liefern, die Herstellung von Gebrauchswerten gerät aber in eine Krise, da große Unternehmen nur äußerst unvollkommen individuelle Bedürfnisse befriedigen können. Sie versuchen deshalb ihre Kunden zu erziehen und deren Bedürfnisse nach ihren Produkten zu formen, Werbung und Marken sind Mittel dazu. Durch die Entwicklung der Kunst zur Marke erreicht diese Tendenz auch die Kunst: Künstler interessieren sich für die Bedürfnisse selbst von zahlungskräftigen Käufern nur noch unter dem Gesichtspunkt, welche Codes bedient werden müssen, um den Verkauf zu erleichtern, während umgekehrt für Kunstsammler das Anliegen der Künstler nebensächlich wird.

Die Parallele zwischen großen Unternehmen und Kunst geht sogar noch weiter, weil sich auch die Rahmenbedingungen für die Arbeit von qualifizierten Beschäftigten und von Künstlern angleichen: So wie etwa ein Ingenieur in einem Großbetrieb einerseits Vorgaben umsetzen, gleichzeitig aber kreativ sein soll, muss ein Künstler den Vorgaben des Kunstbegriffs folgen und gleichzeitig originell sein. Da von Künstlern vermutet wird, dass sie diese Aufgabenstellung erfolgreich bewältigen können, laden Konzerne gerne Künstler zu Schulungen ein, wo Kreativität gelernt werden soll.

Wie entwickelt sich der Kunstbegriff?

Trotz der großen Übereinstimmung zwischen Kunst und bürgerlicher Gesellschaft hat Ullrich wohl weitgehend recht, wenn er die Entwicklung eines Begriffs wie der Kunst als „langsam, ohne vorab definiertes Ziel und ganz unberechenbar“ beschreibt. Denn es gibt keine Instanz in der bürgerlichen Gesellschaft, die eine passende Kunst und ein passendes Kunstverständnis einfach anordnen könnte. Da der Kunstbegriff nicht von der Elite der Gesellschaft, sondern von Philosophen, Kunsthändlern, Sammlern, Professoren, Redakteuren sowie von Künstlern selber weiterentwickelt wird, verläuft seine Entwicklung parallel zur Entwicklung der Gesellschaft. Kunst und Gesellschaft entwickeln sich aber schon deshalb nicht zu sehr auseinander, da Philosophen und Medien auch an der Ausgestaltung von anderen Bereichen der Gesellschaft beteiligt sind.

Die Entwicklung des Kunstbegriffs lässt sich zudem nicht trennen von der Entwicklung der Kunst selber. Zwar entscheiden zunächst einmal die Künstler selber, wie Kunst aussieht – die Eliten der bürgerlichen Gesellschaft sind aber traditionell die zahlungskräftigsten Käufer von Kunst. Sie müssen zwar das kaufen, was auf dem Kunstmarkt geboten ist, schaffen sich aber nur etwas an, womit sie sich in irgend einer Weise identifizieren können. Dies sorgt dafür, dass Kunstansätze nur dann große Kunst und Vorbild für andere werden, wenn sie zur Gesellschaft passen. Trotzdem können daneben aber immer auch andere Kunstansätze entstehen, die unter besonderen Umständen ebenfalls Bedeutung gewinnen können. So z.B. in Umbruchsituationen, wenn es Kunstwerken gelingt, Elemente des Neuen widerzuspiegeln bzw. zu unterstützen.

Gesellschaft im Umbruch

Eine solchen Umbruchphase besteht derzeit, da sich die klassische profitorientierte Wirtschaftsweise innerhalb der gesamten Volkswirtschaft nur noch in einer Minderheitsposition befindet, während gleichzeitig die Staatsquote unaufhaltsam ansteigt (4). Und wenn auch die Neoliberalen mit ihren ständigen Versuchen, die Profitwirtschaft zu restaurieren, nur selten etwas Positives bewirken, meistens aber großen Schaden anrichten, so ist ihnen doch darin zuzustimmen, dass das Abladen der gesellschaftlichen Probleme beim Staat nicht der Weisheit letzter Schluss sein kann.

Der Staat dient lediglich als Notbehelf, da neue ökonomische Beziehungen für geänderte gesellschaftliche Verhältnisse noch nicht herausgebildet sind. Grundlegend dafür ist, dass die Gesellschaft dafür sorgt, dass alle in ihr lebenden Menschen die Möglichkeit bekommen, sich gut auszubilden und zu

emanzipieren. Dies wird nicht im Selbstlauf passieren, sondern Klassenkämpfe erfordern, da Teile der Ober- und der Mittelklasse in der Krise der Wirtschaft eine Chance sehen, alte hierarchische Verhältnisse zu restaurieren und sogar wieder Dienstpersonal zu bekommen, auf das sie jahrzehntelang verzichten mussten.

Konsequenzen aus Ullrichs Vortrag für politische Kunst

Wie eine Kunst aussieht, die den Kampf für die erforderliche Umgestaltung der Gesellschaft unterstützen kann, lässt sich aus Ullrichs Vortrag nicht ableiten. Er liefert aber Anhaltspunkte dafür, worauf lieber verzichtet werden sollte. So sollte man sich etwa davor hüten, den positiven Wert, den ein gelungenes Kunstwerk darstellt, dazu zu benutzen, eigene politische Meinungen als Wahrheiten zu verbreiten. Dieses Vorgehen benutzt ein bestehendes hierarchisches Verhältnis – die Ehrfurcht vor guter Kunst – und wirkt damit bevormundend und anti-emanzipatorisch.

Ohnehin erschwert die Verwendung des Wortes Kunst als Wertbegriff den Einsatz von Kunst für politische Ziele ganz erheblich. Denn der Wertbegriff verlangt, dass ein Kunstwerk etwas ganz Großartiges ausdrücken muss, damit es überhaupt als Kunst akzeptiert wird. Damit sind Kunstwerke für das politische Tagesgeschäft völlig ungeeignet. Nur in den von der „Großen Kunst“ ausgegrenzten Bereichen (z.B. Plakate oder Karikaturen) bleibt genügend Luft für Stellungnahmen zu aktuellen politischen Ereignissen. Dazu trägt natürlich auch bei, dass es sich dabei um schnellere Medien handelt, die auf tagespolitische Themen besser reagieren können.

Kann der Kunstbegriff weiterentwickelt werden?

Es stellt sich allerdings die Frage, ob Kunst wirklich Wertbegriff in der bisherigen Form bleiben sollte. Der hohe Anspruch, der derzeit mit Kunst ver-

George Steiner



'One of the most audacious thinkers of our time . . . Grammars of Creation is a dazzlingly virtuoso performance.' *Independent on Sunday*

Martin Heidegger, Philosoph (1988), von Jean Tinguely (hier als Abbildung auf der Cover-Vorderseite eines Buches)

Originalitätsgebot der Kunst sein. Neben der Forderung nach ständiger Innovation kann dieses Gebot zusätzlich so interpretiert werden, dass ein Kunstwerk authentisch sein muss, indem man dahinter eine Persönlichkeit spüren kann, die einen eigenen Weg geht und ein eigenes (formales oder inhaltliches) Interesse verfolgt. Dies würde es erlauben, Kunst als Wertbegriff neu zu bestimmen. Kunst müsste nicht mehr hohe Erwartungen bedienen, sondern wäre wertvoll, weil sie Ausdruck von individuellen Menschen ist. Da Menschen das Wertvollste sind, was unsere Gesellschaft hat, wäre eine solche Verwendung von Kunst als Wertbegriff auch vollaufgerechtfertigt. Kunst könnte so dabei helfen, dass Menschen die Fähigkeit entwickeln, eine eigene Sichtweise als etwas Wichtiges zu begreifen, ihr zu vertrauen und daran auch festzuhalten.

bunden ist, versperrt bzw. erschwert vielen Menschen den Zugang zur Kunst. Und das ist echt schade, da die Fähigkeit, etwas künstlerisch wahrzunehmen oder sogar auszudrücken, eine Bereicherung der menschlichen Erkenntnis und Kommunikation bedeutet. Diese Fähigkeit sollte jeder erwerben können.

Ullrich weist aber zu Recht darauf hin, wie schwierig es ist einen Begriff zu verändern, da dazu auf das kollektive Gedächtnis Einfluss genommen werden muss. Wer dabei massive und teure Propaganda für nicht akzeptabel hält, muss in Kauf nehmen, dass dies in der Regel nur über einen langsamen Begriffswandel möglich ist. Entsprechend schwierig wäre es, die Bedeutung des Kunstbegriffs völlig umzudrehen. Vielleicht ist das aber auch gar nicht nötig, da die bereits vorhandene Bedeutung weiterentwickelt werden kann.

Ein Ansatzpunkt dafür könnte das

1 Informationen zur Sommerakademie in Neuburg an der Donau unter www.sommerakademie-neuburg.de

2 Informationen zu Wolfgang Ullrich unter www.ideenfreiheit.de

3 Theodor W. Adorno, *Ästhetische Theorie*, Frankfurt/Main 1970, S. 246

4 „Unter Staatsquote versteht man das Verhältnis aller Staatsausgaben zum Sozialprodukt. Sie umfasst die Staatsausgaben in Prozent des jeweiligen BIP (Bruttoinlandsprodukt) und zeigt, in welche Umfang der staatliche Sektor die gesamte Volkswirtschaft in Anspruch nimmt. Zu den Staatsausgaben zählen staatliche Investitionen und Ausgaben für Personal und Verwaltung (Ausgaben im engeren Sinne), aber auch Zinszahlungen und vor allem auch Zahlungen an private Haushalte (Transfers, z.B. Sozialleistungen, Kindergeld) sowie Subventionen an Unternehmen. In der Bundesrepublik Deutschland lag die Staatsquote 1960 bei etwa 30 Prozent, im Jahre 1999 hatte sie einen Wert von rund 48 Prozent erreicht.“ (fbr, www.wirtschaftsuniversitaet.wu.ac.at/Lexikon/S/Staatsquote.html)

2./3. April. Frankfurt. *Jahresversammlung Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.* Haus der Jugend, Deutschherrnrufer 12, Beginn 12 Uhr.

9./10 April. Berlin. *Internationale Konferenz NS-Opfer entschädigen – Täter bestrafen.* Sie wird organisiert von Arbeitskreis Distomo (Hamburg), Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege (NRW), Support vor Survivors of Nazi Persecution International (Baltimore/ Köln).

23./24. April. Köln. *Kommunalpolitische Konferenz der PDS.* (ausführliche Beschreibung: s. Pol. Berichte 4/2005). Anmeldung bitte bei: Alexander King, Tel. 030/24009 363, Fax 030/24009 624, alexander.king@pds-online.de. Jeder/jede angemeldete Konferenzteilnehmer/-in bekommt rechtzeitig per Email oder Post die Tagungsunterlagen zugeschickt.

6. Mai, Köln. *Bundesparteitag der FDP*

25. bis 29. Mai. Hannover. *Evangelischer Kirchentag*

17./18. Juni. *Strategiekonferenz der PDS.* Sozialismus im 21. Jahrhundert, Strategie des Wandels – Wandel der Strategien

21. bis 24. Juli. Erfurt. *Bundesweites Sozialforum.* In zahlreichen Workshops sollen Lösungen gefunden werden unter anderem zu den Themenschwerpunkten „Arbeit und Menschenwürde“, „Menschenrechte und politische Teilhabe“ oder „Globalisierung und die Rolle Deutschlands in der Welt“.

Jahreshauptversammlung des Forums kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

Samstag 2. April bis Sonntag, 3. April 2005, Beginn 12 Uhr

Diesmal nicht an Palmsonntag und an anderem Ort, in

Frankfurt am Main!

Haus der Jugend, Deutschherrnrufer 12.

Samstag, 2. April:

12 Uhr Anmeldung, 12.30 Uhr: Beginn der Tagung bis 15 Uhr: Referat und Diskussion mit Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, MdEP: **Antimilitarismus und Friedenspolitik angesichts der kommenden EU-Verfassung**

15 bis 15.30: Uhr: Kaffeepause

15.30 bis 16.30: Fortsetzung der Diskussion

16.30 bis 17 Uhr: Finanzbericht 2004, Bericht der Finanzprüfungskommission, Entlastung des Arbeitsausschuss

17 bis 18 Uhr: Politische Berichte: Bericht der Herausgeber, Auflagenentwicklung, Finanzbedarf; Wahl der Herausgeber und der Redakteure

18 bis 19 Uhr: Beschlussfassung über den Haushalt 2005, Wahl von Präsidium, Arbeitsausschuss und Finanzprüfungskommission

Abendessen

Sonntag, 3. April

9 bis 10.45 Uhr: Publikationsprojekt „Prozesse linker Parteibildung“ (Arbeitstitel)

10.45 bis 11 Uhr: Kaffeepause

11 bis 12 Uhr: Kommunalpolitische Leitlinien der PDS: Aktueller Diskussionsstand

Abreise bitte erst ab ca. 13 Uhr planen!

Änderung im Ablaufplan sind möglich.

Präsidium der Arbeitsgemeinschaft

Vom Münchner Diktat zur Nachkriegsordnung

**Geschichte und ihre Instrumentalisierung
in der aktuellen deutschen Politik**



Tobias Ebbrecht: Die große Zerstreuung:
Heimat-TV im deutschen Geschichtsfernsehen

Florian Weis: „Germans may have to face the
choice between migration and massacre“ –
Die britische Haltung zum Münchner Abkommen,
zu Grenzziehung und Umsiedlung

Jana Mikota: Das Verhältnis von Deutschen und
Tschechen im Grenzgebiet der 1930er Jahre

Velten Schäfer: Von der „Volksgeschichte“ zum
„Spatial Turn“ – Umriss des NS-Tabus in der
(west)deutschen Historikerschaft nach 1945

Florian Beck: Realpolitik und Hybris

Steffen Bockhahn: Die Beneš-Dekrete im Jahr
2004 – Stolperstein Tschechiens auf dem Weg in
die EU?

Jörg Kronauer: Die Revision der Nachkriegs-
ordnung in den Strategien des deutschen Revan-
chismus

Juliane Gilles: Die Wertung des „Münchner
Abkommens“ im Nürnberger Kriegsverbrecher-
prozess

Bestelladresse:

**GNN-Verlag,
Neuer Kamp 25,
20359 Hamburg**

Tel.: 040 – 43 18 88 20

Fax: 040 – 43 18 88 21

**eMail:
gnn-hhsh@hansenet.de**

**Preis 8 Euro
zzgl. Versandkosten**

ISBN 3-938372-01-X

Vorträge bei der historischen Fachtagung des Kurt Eisner Vereins für politische Bildung in Bayern e.V. in Zusammenarbeit mit der Rosa Luxemburg Stiftung und der Redaktion der Deutsch-Tschechischen Nachrichten, 7.5. bis 9.5.2004 im EineWeltHaus in München. Herausgegeben von der DTN-Redaktion, verantwortlich Renate Hennecke, und der Vorbereitungsgruppe der Tagung, verantwortlich Cornelia Fiedler.

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Land		Ter- min	Wahl- periode
2005	Mai	NRW	Landtag	22.5.	5 Jahre
2006	Frühj.	Hessen	Kommunal		5 Jahre
	März	Baden-Württemb.	Landtag	26.3.	5 Jahre
	März	Rheinland-Pfalz	Landtag	26.3.	5 Jahre
	Frühj.	Sachsen-Anhalt	Landtag		4 Jahre
	Herbst	Niedersachsen	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	alle Länder	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Meck.-Pomm.	Landtag		4 Jahre
	Herbst	Berlin	Landtag		5 Jahre

Quelle: www.bundeswahlleiter.de